Mittwoch, 2. August 1922. **Einzelnummer 30 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 171

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile in Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 80.—M
Reklameteil 240.—M
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M
im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Wahl zum kommenden Sejm.

Die Nationaldemokraten und ihr Anhang haben unsere Verfassung nicht geachtet und den Vertrag mit der Entente nicht beachtet, als sie unser Wahlgesetz schufen. Durch dieses wird den staatlich anerkannten Minderheiten eines ihrer hauptsächlichen Rechte genommen: nämlich, soviel Sejmabgeordnete zu wählen, als ihnen nach den in allen westlichen Kulturstaaten anerkannten demokratischen Grundsätzen zustehen. Über 80 v. H. der Wahlsessel sind den Minderheiten durch jenes Wahlgesetz genommen. Daher ist es doppelte Pflicht für die Minderheiten, diese wenigen Sessel mit ganzen Männern zu besetzen.

Es genügt nicht, daß der Kandidat eine örtlich anerkannte Größe ist. Er muß mehr gelten, und er muß mehr vom Reiche übersehen und wissen.

Es genügt nicht, daß er eine große Beredsamkeit besitzt. Denn je beredter jemand ist, desto weniger Ausdauer und Fleiß pflegt er zu haben.

Es genügt ferner nicht, daß er ein Standesgenosse der Wähler ist und so am besten wissen soll, „wo diesen der Schuh drückt". Wenn einen der Schuh drückt, bessert man ihn nicht selbst aus, sondern geht zum Schuhmacher, der mehr davon versteht!

Und es genügt endlich nicht, daß er lieblich und sauber anzuschauen ist und sich in den besten Gesellschaftskreisen zu benehmen versteht. Denn dann will er nicht in der Drecklinie stehen, sondern mit der Mehrheit laufen und durch ein freundliches Lächeln irgend eines Ministers hin und wieder beglückt werden.

Was wir brauchen, sind Männer, sturmerprobte und bewährte Männer, die vor allem wissen, was Politik bedeutet, nämlich um Vorteile ringen und sie erreichen und nicht mehr dafür leisten, als unbedingt notwendig ist. Abgeordnete, die diesen Begriff der Politik nicht verstehen und nur mit dem Kopfe wackeln oder nicken, „wie ihnen ihr eigenes Gewissen gebeut", werden von keiner Partei ernst genommen und schaden nur. Nicht besser sind solche, die sich nach ähnlichen in anderen Kulturstaaten beherrschenden Verhältnissen richten.

Einer Minderheit müßte es leicht sein, die Besten zu finden, weil sie nicht nach dem Parteimaßstabe zu suchen, sondern nur die zu nehmen braucht, die auf der einen Seite bereit sind, Opfer zu bringen, auf der andern Seite aber auch das Glück haben, sich für das Ganze einsetzen zu können, ohne auf Parteistimmungen Rücksicht nehmen zu müssen. Die Wähler dürfen auch deshalb nur die Besten aussuchen — ganz gleich, aus welcher Gegend sie stammen — weil nur diese Ansehen und Achtung bei anderen Parteien gewinnen können, ohne deren Mitwirkung Erfolge nicht zu erreichen sind.

Unsere Kandidaten müssen aber auch vor allen Dingen fleißige Leute sein, die nicht 8, sondern mindestens 10 Stunden am Tage arbeiten. Keine Gesetzesvorlage darf es geben, die sie nicht gründlich durchgeackert haben. Das kann aber nur geschehen, wenn eine Arbeitsteilung zwischen ihnen stattfindet; es darf also nicht nur einer, sondern alle müssen in dem Rufe stehen, fleißig zu sein. Und wenn sie eine Frage nicht beherrschen, dann weeden sie als gescheute Leute Sachverständige befragen; nur eitle Abgeordnete haben den Dünkel, daß sie mit dem Amt auch den Verstand bekommen haben und alles allein richtig beurteilen können.

In allen Körperschaften, wo es aufs Reden ankommt, gibt es solche Erwählten. Es ist erstaunlich, welche Geduld die Wähler mit ihnen haben. Sie werden wiedergewählt, auch wenn sie keinen Erfolg, sondern sogar Mißerfolge aufzuweisen haben. In jedem Privatunternehmen trennt man sich von Mitarbeitern, die trotz guten Willens und vorzüglicher Entschuldigungsgründe das Unglück haben, Verfehltes zu leisten. Aber bei Wahlen ist es anders. Da heißt es z. B. „er hat Beziehungen", und keiner wagt zu fragen, was die Großes nützen oder einbringen. Gewöhnlich bedeutet das aber nichts, als daß er diesen oder jenen parlamentarischen Klatsch schnell erfährt oder gut zu erzählen weiß. Mitunter sind es nur Rücksichten, die lediglich auf die Bequemlichkeiten, Eitelkeiten, Bedürfnisse und Vorurteile verbrauchter Parlamentshonoratioren zugeschnitten sind.

Es schadet nichts, wenn Abgeordnete zu schweigen verstehen. Es ist für sie besser, mehr Würde zu zeigen, als zu gefällig zu sein. Da es in dem Zeitalter der Massen auf Anhäufung von Stimmen ankommt, so darf keine Absplitterung oder Lähmung von Stimmen in der Partei vorkommen. Jeder von den Gewählten hat daher dahin mitzuwirken, daß Zucht und Ordnung in der Partei herrschen. Können sie sich nicht einigen, so ist die Entscheidung des Vorstandes des Bundes anzurufen, der ihnen auch Weisungen erteilen und Rechenschaft von ihnen verlangen kann. Darauf sind alle Kandidaten vor der Wahl zu verpflichten.

Fürs erste haben die Abgeordneten nur die eine Aufgabe: zu erstreben, daß die Angehörigen der Minderheiten nicht nur von dem Gesetze, sondern auch von den Behörden als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt werden. Und darum muß jeder Wähler sonstige Wünsche und Urteile zurückstellen bis zu späteren Wahlen!

Die Bildung des Kabinetts durch Dr. Nowak.

Die Mission Dr. Nowaks, ein neues Kabinett zu bilden, ist von Erfolg begleitet gewesen. Die Dauerkrise, die dem Staate erheblichen Schaden zugefügt hat (soll doch jeder Tag dem Staate eine Milliarde gekostet haben), kann als beendet angesehen werden. Prof. Nowak kam am Montag früh in den Sejm und konferierte mit dem Abg. Skulski von der Nationalen Volksvereinigung. Der Abg. Skulski hob hervor, daß das neue Kabinett gegen den Willen seiner Partei berufen worden sei und deshalb auf deren Unterstützung nicht rechnen könne. In der Unterredung des neuen Ministerpräsidenten mit den Abgg. Stesłowicz (Verfassungsklub), Barlicki (Sozialist), Tomaszewski (Bürgerliche Vereinigung) **und den Vertretern der Juden** (Wo waren die deutschen Abgeordneten? D. Red.) wurde die Frage der Besetzung des Justizministerpostens besprochen. Der rechte Flügel der Mehrheit, also die beiden Mittelparteien, war entschieden gegen die Kandidatur von Dr. Makowski, der linke Flügel dagegen unterstützte dessen Kandidatur. Erst in den Nachmittagsstunden ist eine Einigung eingetreten und die Regierung endgültig gebildet worden. Um 7½ Uhr unterzeichnete der Staatspräsident die Kabinettsliste. Das Ernennungsschreiben des Staatspräsidenten lautet: Ich ernenne Sie zum Ministerpräsidenten und Kultusminister (dies letztere an Stelle von Prof. Kętrzyński) der Republik Polen. Gleichzeitig ernenne ich auf Ihren Antrag: Ingenieur Antoni Kamieński zum Innenminister, Gabriel Narutowicz zum Außenminister, Divisionsgeneral Kazimierz Sosnkowski zum Kriegsminister, Zygmunt Jastrzębski zum Finanzminister, **Prof. Wacław Makowski zum Justizminister**, Dr. Jozef Raczyński zum Leiter des **Landwirtschaftsministeriums**, Unterstaatssekretär **Hendryk Straßburger** zum Leiter des **Ministeriums für Handel und Industrie** (statt Ossowski), Ingenieur Ludwig Zagórski-Marynowski zum Eisenbahnminister, Departementsdirektor **Jan Moszczyński** zum einstweiligen Leiter des Post- und **Telegraphenministeriums** (statt Dobrowolski), Unterstaatssekretär **Mieczysław Szczęsny-Rybczyński** zum Leiter des **Ministeriums für öffentliche Arbeiten**, Ludwik Darowski zum Leiter des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, Dr. Witold Chodźko zum Gesundheitsminister. Das neue Kabinett ist als ein Kompromißkabinett anzusehen.

Ein Aufruf Korfantys.

Mitbürger! Nach dem Sturz des Kabinetts Artur Śliwiński hatte der Staatspräsident auf das ihm nach dem Gesetz zustehende Recht der Initiative, einen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten vorzuschlagen, verzichtet. Im Einklang mit unserem Grundgesetzen hat der Hauptausschuß des Verfassunggebenden Sejm mit Stimmenmehrheit mich zum Ministerpräsidenten designiert. Ich habe mich nicht zu dieser Ehre gedrängt, denn meine persönlichen Verhältnisse gestatteten es mir nicht, sondern ich bin den Bitten der Parteien nachgekommen, die mir ihr Vertrauen schenkten, und nur aus Bürgerpflicht habe ich die schwere Aufgabe der Kabinettsbildung übernommen. Den Mehrheitsparteien habe ich mein politisches Programm vorgestellt, das von ihnen einmütig angenommen wurde. Es war ein Programm der Einigung unseres Volkes, ein Programm der Verteidigung des Rechts, ein Programm des Strebens nach sozialer Entwicklung, politischer Gerechtigkeit und nach der Festigung einer geordneten Regierung im Staat. Bevor ich die Designierung durch den Hauptausschuß im Sinne meines Programms annahm, entschloß ich mich, mich zum Staatspräsidenten zu begeben, um mich mit ihm über eine gemeinsame Arbeit für das Wohl des Staates zu verständigen. Der Staatspräsident erklärte, daß er mir bei der Bildung des Kabinetts nicht hinderlich sein werde, lehnte aber von vornherein die Mitarbeit mit der von mir gebildeten Regierung ab. Zugleich kündigte der Staatspräsident seinen Rücktritt an, da er sich nicht mit unserm ganzen „System", das seine Rechte und die des Sejm für den Fall einer Regierungskrise abgrenzt, einverstanden erklären könne. Gleichzeitig erklärte der Staatspräsident, daß es ihm im gegebenen Falle nicht um meine Person ginge, sondern daß er ebenso verfahren würde, wenn sogar sein eigener Bruder zum Ministerpräsidenten designiert worden wäre. Dieselbe Erklärung wiederholte der Staatspräsident später einige Male gegenüber den Abgg. Federowicz und Rosset, hob sie in der zweiten Unterredung, die ich mit ihm hatte, hervor und kündigte in beiden Fällen sofort seinen Rücktritt an. Angesichts dessen konnte ich nur feststellen, daß zwischen dem Staatspräsidenten und der Sejmmehrheit ein tiefer Verfassungskonflikt besteht. Und da der Staat ohne eine Regierung nicht bleiben kann, ging ich in Übereinstimmung mit dem Recht und dem Willen der Abgeordneten der Mehrheit an die Bildung einer Regierung, wovon ich den Staatspräsidenten in höflicher Form in Kenntnis setzte. Trotz außergewöhnlicher Schwierigkeiten bildete ich ein Kabinett, das von der gesunden öffentlichen Meinung überaus wohlwollend empfangen und als eine der besten Regierungen, die Polen bisher gehabt hat, anerkannt wurde. Mit der fertigen Kabinettsliste wandte ich mich an den Staatspräsidenten in Übereinstimmung mit dem Recht mit der Bitte, die Nomination der Regierung zu unterzeichnen. Der Staatspräsident lehnte entgegen seiner vorherigen Erklärung, daß er mir bei der Bildung der Regierung nicht hinderlich sein werde, die Unterzeichnung der Kabinettsliste ab. Als Grund für seinen Standpunkt gab er wieder jenes „Rechtssystem" an, das er nicht anerkennen will, und betonte von neuem, daß meine Person nicht die Ursache für seine Haltung sei. Bei dieser Gelegenheit kündigte er wieder seinen Rücktritt an, wollte aber das Datum nicht angeben. Damit hat der Staatspräsident den Rechtsboden verlassen; das von ihm bekämpfte „System" ist das Resultat rechtsgültiger Beschlüsse des Sejm, und der Sejm ist bei uns die einzige Rechtsquelle. Angesichts dieser offenbaren Vergewaltigung des Rechts durch seinen höchsten Wächter habe ich es für meine Pflicht gehalten, den Kampf um das Recht aufzunehmen und habe in ihm bis zum Ende durchgehalten. Der rechtlich denkende Teil der Bevölkerung hat sich in Tausenden von Telegrammen und Entschließungen mit meinem Standpunkt einverstanden erklärt. Im Sejm hätte der Staatspräsident beinahe ein Mißtrauensvotum erhalten. Die Stimmen nichtpolnischer und dem Lande feindlich gegenüberstehender Abgeordneter sicherten ihm eine unbedeutende Mehrheit. Die Linke des Sejm, die sich der Verteidigung der Rechte des Demokratismus und Republikanismus rühmte, hat sich mit nichtpolnischen und staatsfeindlichen Elementen in politischer Hinsicht verbunden, unter Grundsätzen, die das Recht verletzen. Durch die Ernennung des Kabinetts Nowak ist der begonnen Kampf um das Recht noch nicht beendet. Bei den kommenden Sejmwahlen soll ihn das ganze Volk entscheiden. Halten wir aus in diesem Kampfe und sichern wir unserem Vaterlande die Respektierung des Rechts, eine geordnete Regierung und das Ansehen in den Augen anderer Nationen, und uns selbst die Möglichkeit ruhiger und rechtschaffener Arbeit!

Kattowitz, 30. Juli 1922. Wojciech Korfanty.

Aus Deutschland.

Die Einigung der Sozialisten noch hinausgeschoben.

Berlin, 29. Juli. Vertreter der Parteivorstände der sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei traten am Freitag, dem 28. Juli, zu einer Sitzung zusammen, in der eine allgemeine Aussprache über die Frage der Vereinigung beider Parteien stattfand. Es herrschte auf beiden Seiten Einmütigkeit darüber, daß die Selbständigkeit der beiden Parteien in keiner Weise beeinträchtigt werden darf, bis die Parteitage Stellung genommen haben, daß aber andererseits in der Presse, in Versammlungen und in den öffentlichen Vertreterkörperschaften alles zu vermeiden ist, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte. Man verständigte sich über die Notwendigkeit, von den beiderseitigen Parteitagen Beratungen über programmatische und organisatorische Fragen stattfinden zu lassen, um die Parteitage in die Lage zu versetzen, zur Einigungsfrage positiv Stellung zu nehmen.

Gründung einer freiheitlich-völkischen Partei durch Wulle.

Berlin, 31. Juli. Wie eine Berliner Korrespondenz aus parlamentarischen Kreisen hört, beabsichtigt Abgeordneter Wulle mit den gleichzeitig aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten eine neue Partei und zwar eine Freiheitlich-völkische Partei ins Leben zu rufen. Von deutschnationaler Seite wird der Korrespondenz aber mitgeteilt, daß die Anhängerschaft der aus der Partei ausgeschiedenen Abgeordneten nur gering sein kann, so daß die Gefahr einer Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen erscheint.

Einberufung des Reichstags?

Berlin, 29. Juli. (Tel.-Un.) Aus dem Reichstag hört das „Berl. Tagebl.", daß die Unabhängigen auf den Zusammentritt des Reichstages dringen, da sie die von Bayern geschaffene Situation für unerträglich halten. Die Mehrheitssozialisten stimmen ihnen darin zu. Demokratische Parlamentarier äußerten sich ebenfalls in dem Sinne, daß ein Appell an das Reichsgericht allein nicht ausreiche, weil eine Klärung der Lage in kürzerer Zeit erwünscht sei, als das Reichsgericht für seine Entscheidungen brauche. Von den Parteien der Rechten, namentlich von den Deutschnationalen, werden Hoffnungen geäußert, daß die Einberufung des Reichstages nicht erfolgen müsse. Insbesondere der Vizepräsident des Reichstages, Dr. Dietrich, gab der Meinung Ausdruck, daß die Lösung durch einen Schritt der Regierung beim Reichsgericht am vorteilhaftesten sei, eben weil sie Monate Zeit zur Beruhigung der Erregung bei beiden Teilen lasse.

Erste Verhandlung vor dem neuen Staatsgerichtshof

Berlin, 30. Juli. Die erste öffentliche Verhandlung vor dem Staatsgerichtshofe zum Schutz der Republik wird voraussichtlich am 10. August in Leipzig stattfinden. Es werden etwa fünf Fälle zur Verhandlung kommen, die Beschimpfung des Reichspräsidenten, der Reichsfarben, Billigung des Mordes an Rathenau u. a. betreffen. Nach einer amtlichen Mitteilung ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Verhandlungen gegen die an der Mordsache Rathenau verwickelten Personen bereits im September vor dem Staatsgerichtshofe stattfinden wird. Der Mieter der Burg Saaleck, auf der die beiden Rathenaumörder Selbstmord verübten, der Schriftsteller Dr. Stein, war nach seiner Vernehmung in Berlin wieder freigelassen worden. Der Oberstaatsanwalt hat nunmehr die sofortige Wiederverhaftung des Dr. Stein angeordnet, der heute in Berlin wieder festgenommen wurde. Auch der nach seiner Vernehmung freigelassene Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt soll auf Anordnung des Oberreichsanwalts wieder verhaftet werden. Beide sind der Begünstigung der Rathenaumörder verdächtig.

Sitz des Reichsverwaltungsgerichtshofes Stuttgart.

Stuttgart, 30. Juli. (Tel.-Un.) Wie die Tel.-Union erfährt, ist als Sitz des Reichsverwaltungsgerichtshofes nunmehr endgültig Stuttgart bestimmt worden.

Vom Streik der Schiffer und Werftarbeiter in Hamburg.

Hamburg, 30. Juli. (Tel.-Un.) Wie das „Hamburger Echo" erfährt, haben die Hamburger Werftarbeiter den in den am 27. Juli abgehaltenen Vollversammlungen für die Seeschiffahrtswerften am 25. Juli gefällten Schiedsspruch angenommen, nach dem am 1. August die Stunden- und Akkordgrundlöhne bis auf 21 Mark erhöht werden sollen. Das Gesamtergebnis der Abstimmungen in allen Werftorten steht noch aus.

Hamburg, 30. Juli. Der auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums eingesetzte neue Schlichtungsausschuß hat heute nacht bereits einen Spruch gefällt. Danach soll für das Maschinenpersonal von Wiederaufnahme der Arbeit ab ein Zuschlag von 90 Prozent auf die Aprilheuer gezahlt werden. Für die Überstunden auf See wird pro Tag ein Pauschalsatz von 55 M. (bisheriges Zugeständnis 50 M.) bewilligt, während für die Überstunden im Hafen 36 M. pro Stunde (wie nach dem Abkommen vom 26. Juli) zugestanden wurden. Die Abstimmung der Arbeitnehmer soll am Montag mittag erfolgen.

Die Reeder haben also neue Konzessionen gemacht und man darf wohl hoffen, daß jetzt die Streikenden mit Rücksicht auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft die Arbeit wieder aufnehmen, um diesen verderblichen Streik zu beenden.

Deutschland und Polen.

Korridor-Schiffsverkehr.

Berlin, 31. Juli. Über die Eröffnung des sog. Korridor-Schiffsverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland wird mitgeteilt:

Nunmehr wird auch der Schiffsverkehr durch Pommerellen (über Netze und Bromberger Kanal) von Polen zugelassen. Die polnischen Konsulate in Deutschland sind angewiesen, die Paßvisa für die Schiffer gegen eine Gebühr von fünf Mark zu erteilen.

Wichtige Einzelheiten dieses Verkehrs sind jedoch noch nicht geregelt. Insbesondere hat die polnische Regierung sich noch nicht über die Orte erklärt, an welchen Schiffen auf der Durchfahrt anlegen oder Waren umschlagen dürfen. Aus zolltechnischen Gründen werden dafür nur bestimmte Orte in Frage kommen. Mit der Fürsorge für die deutsche Schiffahrt zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland und überhaupt mit der Bearbeitung der sich aus der Schiffahrt über die Oder—Weichsel-Wasserstraße durch Polen ergebenden Angelegenheiten ist vorläufig der Regierungspräsident in Schneidemühl betraut worden.

Erste Konferenz der gemischten Kommission Oberschlesiens.

Breslau, 28. Juli. Heute fand in Pleß unter Vorsitz von Calonder die erste gemeinsame Konferenz des Schiedsgerichtes und der gemischten Kommission statt, die sich mit der baldigen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in den Grenzgebieten beschäftigte. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, daß gegenseitig auf das energischste von den Arbeitgebern und Arbeiterverbänden auf die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung hingearbeitet wird. Außerdem wurde beschlossen, der Bevölkerung diese Vereinbarung bekannt zu machen.

Die Reparationsfrage.

Beratungen, betreffend die französische Drohnote.

Berlin, 31. Juli. Der Berliner „Lok.-Anz." berichtet: Am Sonntag fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine zweite Besprechung mit dem Reichsfinanzminister und den Chefs der verschiedenen Ressorts statt. Gegenstand der Beratung war wiederum die französische Note über die Ausgleichszahlungen (Privatreparationen) und die deutsche Antwort, die bis zum Sonntag, den 6. August, erstattet sein muß. Die gestrichene Besprechnung stand unter dem schweren Druck des am Sonnabend eingetretenen neuen Marksturzes. Er hat auch die Möglichkeit eines nochmaligen Entgegenkommens, das vielleicht beabsichtigt war, völlig zerstört. Der Entwurf der deutschen Antwort ist in der gestrigen Besprechung noch nicht fertiggestellt worden. Er wird jedoch in der heute stattfindenden Kabinettssitzung formuliert werden. Es soll beabsichtigt sein, die deutsche Antwort noch vor Ablauf der zehntägigen Frist Mitte der Woche abzusenden.

Die Vorschläge des Garantiekomitees.

Paris, 29. Juli. Der Bericht des Garantiekomitees stellt ein äußerst umfangreiches Schriftstück dar und beschäftigt sich zuerst mit den vier deutschen Budgets. Das Garantiekomitee schlägt einfach eine Reihe von Ausgaben vor, die gestrichen werden sollen. Andererseits rät es zu Ersparnissen. Die Gesamtsumme der Ersparnisse, die die deutsche Regierung nach Ansicht des Garantiekomitees erzielen könnte, wird auf etwa 300 Millionen Goldmark geschätzt. Außerdem schlägt das Garantiekomitee eine Reihe neuer direkter und indirekter Steuern vor, wodurch die Einnahmen erhöht werden können. Das Garantiekomitee legt ferner Nachdruck darauf, zu betonen, daß alle diese Maßnahmen bei einer Sanierung der deutschen Finanzen erst in zweiter Linie kämen. Die Schlußfolgerung des Berichts betont, daß es angebracht sei, eine internationale Anleihe zugunsten Deutschlands aufzulegen. Die deutsche Regierung würde etwa die Hälfte davon zu Reparationen und den Rest zu einer Gesundung der deutschen inneren Finanzwirtschaft benutzen können, wodurch eine weitere Ausgabe von Banknoten vermieden würde.

Der Zolltarif für die deutschen Sachlieferungen.

Paris, 28. Juli. Der gestrige Ministerrat in Rambouillet hat sich auch mit der Frage der Zollregelung für die deutschen Sachlieferungen befaßt, soll jedoch nur eine provisorische Lösung gefunden haben, was man damit erklären kann, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, den Widerstand der Industriegruppe und der Parlamentsgruppe zu beseitigen, die nach wie vor an dem Generaltarif festhalten wollen. Das Ministerium hat gestern beschlossen, den Minimaltarif zur Anwendung zu bringen.

Die englischen Industriellen gegen Frankreichs Politik.

Haag, 28. Juli. Aus Telegrammen, die aus den Vereinigten Staaten kommen, geht hervor, daß die Erklärung des französischen Finanzdelegierten Parmentier nicht sehr günstig gewirkt hat. Die Ausführungen Parmentiers gehen auf eine glatte Erklärung der Zahlungsunfähigkeit Frankreichs hinaus. Sie müssen mitwirken zu der Versteifung, die sich jetzt in der Lage zwischen Frankreich und England geltend macht. Es ist kein Zweifel, daß nicht nur die Verwirrung in Italien England zu einem bedächtigen Vorgehen veranlaßt. Wenn Frankreich nicht sehr weitgehende Konzessionen macht, muß die Regierung mit einem starken Widerstande im Lande selbst gegen einen Zahlungsnachlaß an die früheren Verbündeten rechnen. Dafür ist die sehr energisch gehaltene Erklärung der britischen Industriellen ein Beweis. Darin wird ausgeführt, daß eine weitere Verschiebung der Zinsenzahlung und sogar ein Aufschub des Beginns der Kapitalabtragung für eine Anzahl von Jahren keineswegs ein zu geringer Preis dafür sei, daß Frankreich, Italien und Belgien einer Neuregelung der Wiedergutmachung zustimmen, so daß Deutschland unter ausreichenden Garantien sein Finanz- und Geldwesen in Ordnung bringen könne. Dauernder Verzicht auf Rückzahlung der Schulden sei aber noch eine ganz andere Sache und nur zu rechtfertigen, als Teil einer allgemeinen Regelung, die nicht nur eine schnellere Rückkehr zu normalen Handelsbeziehungen, sondern auch sofortige Hilfe für den britischen Steuerzahler und die britische Industrie mit sich bringe. Es ist anzunehmen, daß die Bankkreise der City eine ähnliche Auffassung haben. Die Durchfechtung dieses Standpunktes wird sehr viel kostbare Zeit, Geduld und eine Selbständigkeit Englands gegenüber Frankreichs Auffassung voraussetzen, die bisher nicht beobachtet worden ist.

Der französische Gesandte in Washington reist nach Paris.

Paris, 31. Juli. (Telunion). Der französische Gesandte in Washington Jusserand wird sich am Mittwoch nach Frankreich einschiffen.

England wünscht eine Konferenz vor dem 15. August.

Paris, 31. Juli. (Tel.-Un.) Die englische Antwort auf die in London überreichte französische Note, in der noch einmal die Notwendigkeit einer Konferenz vor dem 15. August unterstrichen wird, wird frühestens Montag erwartet, weil der englische Premier das Wochenende auf seinem Landsitz zugebracht hat. Frankreich soll in der Note sich prinzipiell einverstanden erklärt haben, daß Italiener und Belgier an den Verhandlungen teilnehmen.

Aus England.

Balfour und Fisher Delegierte zum Völkerbund.

Paris, 28. Juli. (Tel.-Un.) Die englische Regierung hat beschlossen, Lord Balfour und Sir Fisher als Delegierte für die nächste Sitzung des Völkerbundes zu ernennen. Der dritte Delegierte ist noch nicht ernannt.

Die Frage der Kriegsbeschuldigten.

London, 30. Juli. Im Unterhaus beantwortete Chamberlain die entsprechende Anfrage eines Abgeordneten dahin, daß die Frage der Aburteilung der Kriegsbeschuldigten gegenwärtig erneut vom Obersten Rat erwogen wird.

Große Demonstrationen gegen den Krieg.

London, 30. Juli. Eine ungeheure Menge wohnte gestern nachmittag einer Antikriegsdemonstration im Hydepark bei. Von den Rednertribünen aus wurde gleichzeitig an die Menge gesprochen. Von sämtlichen Rednern wurde ausgeführt, daß diese Versammlung eine freundschaftliche Begrüßung für die gleichzeitigen Versammlungen sein solle, die jetzt in ganz Europa und Amerika abgehalten werden, um vereint mit ihnen den Haß gegen den Krieg zu erklären und zu verlangen, daß man gemeinsam mit Amerika auf Garantien hinarbeite, die künftig Kriege verhindern sollen. Die Resolutionen umfassen folgende Punkte: 1. Eine internationale Organisation, die alle Kriegsursachen beseitigt, Beilegung aller Streitigkeiten und das gegenseitige Versprechen internationaler Zusammenarbeit. 2. Der internationale Sinn für Solidarität, durch den Kriege unmöglich werden, solle gestärkt werden. — Ähnliche Demonstrationen fanden heute in über hundert Städten und Dörfern Englands statt. Die Londoner Demonstranten, die von verschiedenen Punkten der Stadt kamen, versammelten sich am Viktoria-Kai und marschierten dann geschlossen zum Hydepark. Vertreten waren folgende Länder: Deutschland, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Polen, Amerika, Japan, Neuseeland, Australien, Holland, Belgien, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

Starkes Anwachsen der englischen Kohlenausfuhr.

London, 31. Juli. (Tel.-Un.) Der englische Kohlenmarkt wird bekanntlich in der neueren Zeit sowohl von seiten Deutschlands als auch der Vereinigten Staaten recht stark beansprucht. Während in Deutschland die unsinnigen Forderungen der ehemaligen Kriegsgegner bereits dazu geführt haben, daß die Reparationslieferungen über die deutschen Leistungen hinaus schon teilweise mit englischen Kohlen erfolgen mußten, ist der amerikanische Markt infolge eines bereits längere Zeit anhaltenden Kohlenarbeiterstreikes auf die Einfuhr aus England angewiesen. Die Kohlenpreise sind daher in England bereits erheblich gestiegen, während die Ausfuhrzahlen immer weiter anwachsen. Wie der „Deutsche Handelsdienst" meldet, übersteigt die Ausfuhr der englischen Kohle im ersten Halbjahr des laufenden Jahres diejenige in der gleichen Zeit 1921 um nahezu das Fünffache und stellt sich auf über 27 Millionen Tonnen (i. V. 15,5 Mill. Tonnen). Dem Werte nach ist eine Verdoppelung auf 30 850 000 Pfund Sterling eingetreten.

Aus Frankreich.

Der Schutz Poincarés.

Paris, 29. Juli. Mit Bezug auf das angebliche Komplott der deutschen Monarchisten gegen Poincaré erklärt die „Chicago Tribune", daß die Veröffentlichungen nunmehr die Erklärung für die großen Vorsichtsmaßnahmen bieten, die in der vorigen Woche in Mont Bèliard getroffen waren. Bei dem Einzug Poincarés seien drei leere Züge vorangefahren. Außerdem waren so zahlreiche Soldaten längs des Dammes aufgestellt, daß die große Menge des Publikums nicht erkennen konnte, ob die Wagen besetzt waren oder nicht. Eine eventuell gegen den Zug geschleuderte Bombe hätte, so meint die „Chicago Tribune", zweifellos einen anderen Wagen getroffen. Während des Aufenthaltes auf der Station sei außerdem die sorgfältigste Überwachung der Polizei durchgeführt worden. Für 24 Stunden war der Zugang zur Stadt für Fremde und Verdächtige gesperrt. Die Polizei soll eine große Anzahl verdächtiger Kommunisten unter ständige Überwachung genommen und außerdem festgestellt haben, daß aus deutschen monarchistischen Kreisen große Summen bei den Kommunisten von Paris eingegangen sind. Poincaré sei jetzt Tag und Nacht jede Minute scharf überwacht, um ihn gegen jeden Angriff zu sichern.

„Eine Ermordung Poincarés wäre kein Wunder."

London, 30. Juli. „Pal-Mal-Gazette", die die Angelegenheit der von deutschen Organisationen geplanten Ermordung Poincarés bespricht, schreibt: „Es darf nicht wundernehmen, daß die Anstifter der Anschläge auf Erzberger und Rathenau sich auch gegen Poincaré verschworen haben. Die letzten Überfälle auf die Mitglieder der interalliierten Kommission scheinen aus derselben Quelle zu stammen."

Poincarés Gegner zu Geldstrafen verurteilt.

Paris, 29. Juli. (Havas.) Das Gericht hat den von den wegen Aufreizung von Militärpersonen angeklagten kommunistischen Abgeordneten Vaillant Conturier und Marcel Cachin gestellten Ablehnungsantrag als nicht zulässig verworfen und Vaillant Conturier und Cachin zu 500 Francs Geldstrafen, sowie den Kommunisten Puri zu 100 Francs Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten wollen gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Poincaré läßt eine Gelegenheit zur Hetze unbenutzt!

Paris, 31. Juli. (Tel.-Un.) Ministerpräsident Poincaré hat in seiner Festrede bei der Einweihung des Schlachtendenkmals in den Argonnen sich darauf beschränkt, eine Schilderung der auf diesem Grundabschnitt abgespielten Kämpfe zu geben.

England und der Orient.

Frankreichs Mißtrauen gegen England.

Man merkt in Frankreich eine lebhafte Beunruhigung, die durch die Ankündigung des neuen Offensivplanes Griechenlands erweckt worden ist. In französischen politischen Kreisen scheint man durchweg davon überzeugt zu sein, daß König Konstantin nach den Bestimmungen des Königs von England handelt und daß die „Wiederaufnahme voller Aktionsfreiheit" durch Griechenland nichts anderes darstellt, als ein Sondervorgehen, mit dem England für den Fall der Ablehnung seiner letzten Vorschläge in den orientalischen Fragen gedroht hat. Dieses Vorgehen ist von Frankreich, wie erinnerlich, zum Teil angenommen, zum Teil mit Gegenvorschlägen beantwortet worden.

Der „Temps" erinnert heute daran, daß die englische Antwort auf die letzte französische Note bis jetzt nicht eingetroffen ist. Der schon wiederholt hier aufgetauchte Gedanke, daß England die Verknüpfung zwischen der Reparationsfrage und der Orientfrage herstellen möchte, um englische Zugeständnisse in der deutschen Frage durch französische Zugeständnisse in der Orientfrage bezahlt zu machen, ist durch die jüngste Entwickelung der Dinge bestätigt worden. Die „Liberté" gibt der in französischen

---

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

(57. Fortsetzung.)

Melitta eilte auf ihr Zimmer und warf in fliegender Hast die Worte aufs Papier:

„Prosper in Lebensgefahr! Bitte, kommen Sie doch sofort! Muß mit Ihnen sprechen. Ich bin überzeugt, daß sein Komplize sich unter der Maske eines Halbkretins am Maguerrys-Steinbruch verborgen hält und gestern nacht einen — gottlob mißlungenen — Mordanschlag auf Prosper Rodenbach versuchte." —

Sie adressierte das Schreiben an „Herrn Rodin" und ging dann mit dem Brief hinunter, um nach einem Boten zu suchen, der ihn sogleich nach Prachatitz befördern sollte. —

Am Nachmittag ging sie wie zufällig am Maguerry-Steinbruch vorüber und knüpfte ein Gespräch mit dem Halbkretin an, der am Boden hockte und Steine klopfte.

Aber wie sie sich auch Mühe gab, irgend etwas aus ihm herauszulocken — es war vergebens. Weiter als zu ein paar täppischen Redensarten und einem breiten, stereotypen Grinsen brachte sie ihn nicht.

Auch sein Aeußeres bot keinen Anlaß zu Mißtrauen. Er saß im Licht der Nachmittagssonne zwischen Schottersteinen, die verkrümmten Beine ausgestreckt, so gut es ging, und seine von borstigen grauen Bartstoppeln durchsetzte blaurote Gesichtshaut schien so echt, wie nur irgend eine.

Um den mißgeformten Hals trug er allerdings einen Wollfetzen gewickelt, der die zwei Kröpfe zum Teil einhüllte, aber sein pfeifender, asthmatischer Atem ließ an ihrer Wirklichkeit kaum zweifeln.

Trotzdem konnte Melitta ihr Mißtrauen nicht los werden.

Die Tatsachen sprachen nur zu sehr dafür. Auch meinte sie, zuweilen beim Sprechen etwas in den leeren, blöde glotzenden Schwarzaugen des Kretins aufzucken gesehen zu haben, das gar nicht nach Kretinismus aussah.

Einige Minuten außerhalb des Steinbruchs begegnete sie Rittmeister Maguerry, der von einem Pürschgang heimkehrte.

Sie benutzte die Gelegenheit, ihn nach dem „Kropfjodel" — diesen Spitznamen hatte der Kretin in der Gegend — zu fragen.

Ob er ihn von früher her kenne? Ob der Mensch bei ihm angestellt sei. Seit wann er in der alten Steinbruchhütte wohne? usw.

Herr von Maguerry gab bereitwillig Auskunft.

Er kannte ihn nicht weiter, denn als der Kropfjodl als Kind einer armen Magd zur Welt kam, war Maguery noch lange nicht in der Gegend.

Sein Gut gehörte damals noch den Brüdern Lavandal, deren einer der Vater des jungen Herrn von Lavandal war, der gegenwärtig bei seinem Onkel Joachim von Senkenberg zu Gast sei. Des Jodls Mutter sollte seinerzeit auf Lavandals Gut gedient haben, später aber mit dem Kinde, dessen Mißgestalt stets Anlaß zur Verspottung gab, fortgewandert sein.

Man glaubte beide längst tot und hatte sie beinahe vergessen, als vor einigen Monaten — er glaubte Ende Mai — der Halbkretin wieder auf Maguerryhaus erschien, halbverhungert, schmutzig und zerlumpt, und um Unterkunft bettelte.

Da seine Papiere in Ordnung waren und sich einige alte Leute im Gutshof seiner Existenz erinnerten, erlaubte Herr von Maguerry ihm, die alte Steinbruchhütte zu bewohnen, weil ihm der armselige Mensch tiefes Mitleid einflößte.

Dies klang ja alles harmlos. Aber Melitta ließ sich nicht täuschen, die Zeit, in der der Kretin hier erschienen war, stimmte zu sonderbar mit der, wo der „Steinschleifer Hemser" aus Wien verschwand.

Und das Gut des Herrn von Maguerry hatte früher Lavandals Vater gehört! Melitta hatte dies nicht gewußt. Jetzt fiel es nach ihrer Meinung schwer ins Gewicht. Der junge Lavandal hatte sicher von dem Aussehen des verschollenen Halbkretins gehört, vielleicht auch gewußt, das er tot war, und deshalb diese unverdächtige Maske für seinen Komplizen gewählt.

Die Papiere waren wahrscheinlich gefälscht; auch die Hemsers und Dr. Richters sollten ja seinerzeit „ganz in Ordnung" gewesen sein.

Sie ließ indessen nichts von ihrem Verdacht merken. So lange Silas Hempel nicht hier war, kam alles darauf an, die beiden Verbrecher in Sicherheit zu wiegen, damit sie nicht vorzeitig Reißaus nahmen.

Übrigens beruhte auch alles nur auf Verdacht. Sie hätte keinen einzigen tatsächlichen Beweis dafür erbringen können.

XXVI.

Untersuchungsrichter Dr. Wasmut kehrte von seinem Bureau heim.

Obwohl Gerichtsferien waren, hatte er seinen Urlaub doch für den Herbst verschoben, einfach, weil er den „Fall Eisler" nicht aus der Hand geben wollte.

Je länger er sich damit beschäftigte, desto komplizierter erschien er ihm nämlich, trotz all' der schönen Indizienbeweise, die ihn anfangs so entzückt hatten.

Seine Kollegen hänselten ihn bereits, der Staatsanwalt hatte vor Antritt seines Urlaubes sich verwundert darüber geäußert, daß man der Staatsanwaltschaft das Untersuchungsmaterial noch immer nicht vorgelegt habe, und selbst die Diener des Landgerichts lächelten, so oft davon die Rede war.

Ein so klarer, einfacher Fall! Und der Untersuchungsrichter zog ihn in die Länge wie einen Strudelteig.

Worauf wartete er denn noch eigentlich?

Wasmut selbst legte sich die Frage zum hundertsten Male vor, als er jetzt langsam, in Gedanken versunken, durch die abendlichen Straßen schritt. Und er fand wie immer keine Antwort darauf.

Die Sache war die: Er war bisher keinen Schritt über das Ergebnis der ersten Tage hinausgekommen. Wohl aber hatte er — beeinflußt durch Silas Hempels damalige Behauptung, und den Eindruck, den Eisler selbst in zahllosen Verhören auf ihn gemacht — angefangen, ernstlich an der Schuld dieses Untersuchungsgefangenen zu zweifeln.

(Fortsetzung folgt.)

politischen Kreisen vorherrschenden Auffassung Ausdruck, wenn sie den Verdacht äußert, daß Lloyd George die Londoner Zusammenkunft einesteils vereitelt, um einen englischen Plan im Orient der Verwirklichung näher zu bringen. Das Blatt schreibt: Es ist durchaus denkbar, daß England die Absicht hat, seinen griechischen Vasallen an den Meerengen und in Konstantinopel zu installieren. Im Ministerium des Äußern wurde mir heute abend erklärt, die Haltung der Griechen gebe zu Beunruhigung Anlaß. Man dürfte aber hoffen, daß die Warnung der verbündeten Großmächte die griechische Regierung im Sinne großer Mäßigung beeinflussen würde.

Zu den Meldungen über den Inhalt der in Paris, London und Rom überreichten griechischen Note ist nachzutragen, daß die Athener Regierung erklärt, daß sie ihre verantwortliche Gesinnung beweise, die sie bei der Vermittelung der Großmächte und dem Waffenstillstande zeigte. Griechenland macht die Türken für die Fortdauer der Feindseligkeiten verantwortlich und betont, daß Christen-Massaker stattgefunden haben und weiter stattfinden. Die Note schließt mit der Erklärung, daß Griechenland stets bereit ist, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen, falls ausreichende Sicherheiten für den raschen Abschluß geboten werden. Eine Einigung ist nach griechischer Auffassung zu erzielen, wenn die Türken davon überzeugt sind, daß sie sich den gemeinsamen Beschlüssen der Siegerstaaten unterwerfen müssen.

Englische Truppenlandung in Persien.

Rom, 31. Juli. Meldungen aus Teheran zufolge, landeten 1200 Mann indischer Truppen mit 20 Geschützen in Buschir. Auf eine diesbezügliche Anfrage der persischen Regierung erwiderte die englische Behörde, es handle sich dabei lediglich um Mannschaften zur Ablösung der englischen Konsulatswachen in Süd-Persien. Nach persischer Ansicht übersteigt aber diese Truppenzahl die Stärke der Konsulatswachen um ein bedeutendes.

Die Lage in Ungarn.

Die Ungarn erscheinen mit Stöcken beim Ministerpräsidenten.

Ofen-Pest, 27. Juli. In der Nationalversammlung gab es gestern einige aufregende Szenen. Eine aus 150 Personen bestehende Deputation aus Keczkement, zum größten Teil mit Stöcken bewaffnet, erschien im Parlamentsgebäude, um beim Ministerpräsidenten Grafen Bethlen im Interesse der Freilassung von Hejjas (ein Bandenführer gegen Österreich) vorzusprechen. Der Ministerpräsident wies in seiner Antwort den revolutionären Ton zurück, indem man es wage, die ungarische Regierung zu bedrohen. Wenn Sie so kommen, sagte Graf Bethlen, so werden Sie in mir den richtigen Mann finden, der einem solchen Tone gegenüber nicht nachgeben wird. Das Land kann nicht jeder nach seinem Einzelverstand retten. Es muß ein Haupt existieren, das zu befehlen hat. Ich trete jedem Terror entgegen und werde tun, was das dienstliche Interesse erfordert. Ich will Ordnung und werde sie zu schaffen wissen. Nach diesen Worten verließ der Ministerpräsident ohne weiteres den Saal, und die Deputation entfernte sich gleichfalls.

Die Pressefreiheit gefährdet.

Wien, 28. Juli. Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat heute der Abgeordnete Eckardt, ein Neffe Horthys, der bis vor wenigen Tagen noch Chef des Paßbureaus des Ministerpräsidiums war, den Antrag gestellt, die Regierung sei aufzufordern, vier liberale Ofenpester Blätter sofort zu unterdrücken.

Die italienische Krise.

Rom, 30. Juli. In der Krise ist eine Wendung zu verzeichnen, deren Ursache die Audienz des sozialistischen Abgeordneten Turatti beim König ist. Das erste Mal in der Geschichte des italienischen Sozialismus ereignete sich der Vorfall, daß ein sozialistischer Abgeordneter im Quirinal war. Turatti sprach am Sonnabend mit dem italienischen König über die gegenwärtige Lage. Man nimmt an, daß die Sozialisten verschiedene Ministerposten besetzen werden. Dies wäre ein Gegenmanöver zu dem Versuch der Kammer, die Linke auszuschalten, welches wesentlich zur Beruhigung des Landes beitragen würde. In den Vordergrund tritt als Führer neben Orlando der Kammerpräsident de Nicola.

Wiederauftauchen der Kandidatur Orlando.

Rom, 30. Juli. Wie die „Tribuna" berichtet, beabsichtigt Orlando den Versuch zu machen, ein Kabinett mit Teilnahme des Faszistenführers Mussolini und des Sozialistenführers Turatti zu bilden.

Rom, 30. Juli. Bei dem Empfang Orlandos durch den König fragte der letztere, ob er gegenwärtig nicht ein Kabinett im Einvernehmen mit dem Kammervorsitzenden de Nicola bilden könne. Orlando ist bestrebt, ein Friedenskabinett zu bilden und in dasselbe ebenso Sozialisten wie auch Demokraten, Volksparteiler und Vertreter der Rechten zu berufen. Orlando versprach dem König heute über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten.

Griechenland wünscht Konstantinopel zu besetzen.

Note an die Verbandsmächte.

Paris, 30. Juli. In einer Note, die den Verbandsmächten übermittelt wurde, erklärt die griechische Regierung, daß die Besetzung Konstantinopels das einzige Mittel sei, welches den Abschluß des Friedens herbeiführen könne. Die griechische Regierung fordert, daß die Verbandsmächte dem Kommando der interalliierten Truppen in Konstantinopel Instruktionen dahin erteilen sollen, daß eine Widersetzung gegen die Aktion der griechischen Truppen nicht stattfindet. Die griechische Regierung spricht hierbei die Überzeugung aus, daß die Okkupation Konstantinopels das einzige Mittel sei, einen Druck auf die Türkei dahin auszuüben, daß die Lösung des Konflikts in Kleinasien beschleunigt werde. Die französische Regierung antwortete unverzüglich auf die griechische Note, daß die Bevollmächtigung zur Besetzung Konstantinopels nicht erteilt werden könne. Es ist anzunehmen, daß die englische und italienische Regierung Griechenland dieselbe Antwort erteilen werden.

Beabsichtigter Handstreich.

Paris, 28. Juli. In Konstantinopel wird das Gerücht verbreitet, die Griechen sollen beabsichtigen, einen Handstreich auf Konstantinopel zu versuchen. Der griechische Oberkommandierende habe Smyrna verlassen und sei in Thasos eingetroffen, wo drei neue griechische Divisionen ausgeschifft wurden. Da die türkische Grenze von Truppen der Verbündeten bewacht wird, ist es jedoch wenig wahrscheinlich, daß die griechische Armee es wagen wird, sich mit ihnen in einen Konflikt einzulassen. Hingegen habe man den Eindruck, daß die Engländer die Griechen ermutigen und ihnen ihre Bewegungen vorschreiben. Auf jeden Fall herrsche in Konstantinopel große Beunruhigung.

Der Konflikt Mustapha Kemal Paschas mit der Nationalversammlung in Angora habe infolge dieser Nachricht ein Ende gefunden. Kemal sei in seinem Amte als Generalissimus bestätigt und in aller Eile an die Front abgereist.

London, 29. Juli. Ein Versuch Griechenlands, Konstantinopel zu besetzen, wird in englischen offiziellen Kreisen als ein „verrückter Schritt" bezeichnet. König Konstantin soll übrigens ein derartiges Vorgehen als den einzigen Weg aus dem Stillstande ansehen, der jetzt in dem Kriege mit der Türkei herrscht.

Diplomatische und militärische Kreise in London sollen die Befürchtung hegen, daß trotz der getroffenen Vorsichtsmaßregeln ein Teil der griechischen Armee in Thrazien versuchen könne, einen Handstreich auf Konstantinopel zu unternehmen, trotzdem die Athener Regierung von den Vertretern der Verbündeten gewarnt wurde. Der Oberkommandierende der griechischen Armee, General Hadjanesti, kam an Bord eines schnellen Zerstörers in Thrazien an. Nachdem er die Truppen inspiziert hatte, empfahl er den Ersatz von zwei Divisionen, die bereits seit zwei Jahren in Thrazien liegen, durch frische Truppen aus Kleinasien. In den Kreisen der Admiralität wird zugegeben, daß die griechischen Kriegsschiffe auf keinen Fall Konstantinopel beschießen könnten, ohne Gefahr zu laufen, unschuldige Zivilisten zu schädigen, selbst wenn die Griechen versuchen sollten, einen Weg in die Stadt zu erkämpfen.

Smyrna autonom. 25 000 Mann in Radosto.

Paris, 31. Juli. (Telun.) Aus Smyrna wird berichtet, daß der griechische Oberkommissar gestern die Autonomie proklamiert hat. In Rodosto dauert die Landung griechischer Truppen an. Man schätzt die dortigen griechischen Kräfte auf 25 000 Mann. Eine griechische Patrouille, die die neutrale Zone betreten hatte, wurde nach kurzem Gefecht von den türkischen Gendarmen zurückgewiesen.

Griechische Flottenoperationen im Schwarzen Meer.

London, 31. Juli. Die griechische Flotte nimmt seit einigen Tagen Operationen im Schwarzen Meer vor. Die Sowjetregierung hat sich veranlaßt gesehen, dagegen in London zu protestieren. Die Antwort des Londoner Auswärtigen Amts ist ablehnend. In der Note wird erklärt, daß die Verbündeten in Genua die russische Regierung aufgefordert hätten, an einer Wiederherstellung des Friedens im Orient zu arbeiten. Darin liege schon die Anerkennung des zwischen Griechenland und der Türkei herrschenden Kriegszustandes. Kriegshandlungen zur See wie Blockade, Zerstörung feindlicher Munitionslager usw. seien daher vollständig legitim. Die Griechen haben das Recht, solange sie nicht das internationale Seekriegsrecht verletzen, ihre Operationen fortzusetzen. Eine Neutralität der Meerenge bestehe seit 1915 nicht mehr, seit die deutschen Kriegsschiffe „Goeben" und „Breslau" die Meerenge passiert hatten.

Sowjetrußland.

Genaueres über die geplanten Konzessionen an Deutschland.

Breslau, 28. Juli. Über das Ergebnis der Verhandlungen, die eine eigens nach Deutschland entsandte Abordnung über Erteilung verschiedener Konzessionen in Petersburg geführt hat, wird jetzt in der „Economitscheskaja Shisn" ausführlich berichtet.

Es handelt sich in der Hauptsache um die Erneuerung des Transportverkehrs gemeinschaftlich mit der Petersburger Zentralverwaltung des Passagier- und Güterverkehres auf der Newa und der staatlichen russischen Dampfschiffahrt, wofür mehrere große deutsche Transportgesellschaften starkes Interesse zeigen, auch für den Ausbau und die bessere technische Ausrüstung des Petersburger Hafens. Zur Erneuerung des Hotelwesens, Ausbau der Kanalisation, Wiederherstellung der Gasanstalten und allerlei Maßnahmen zu allgemeiner Verbesserung des Wohnungswesens soll ausländisches Kapital herangezogen werden. Zu tatsächlichen Verträgen scheint es entgegen anderslautenden Meldungen bei all diesen Projekten noch nicht gekommen zu sein. Für die Aufnahme der staatlichen Baltischen Dampfschiffahrt unter Beteiligung deutschen Kapitals hat die Hamburg—Amerika-Linie Interesse bekundet.

In das zu bildende Syndikat soll die baltische Dampfschiffahrtsgesellschaft die Schiffe einbringen, während die Hapag die Hafenausrüstung (Kräne, Laderäume usw.) gibt und entsprechende Einrichtungen in den korrespondierenden Häfen Stettin, Kiel und Hamburg zur Verfügung stellen soll. Auf russischer Seite wird dabei auch auf Beteiligung der amerikanischen Finanzgruppe Harriman gerechnet. Die Vorschläge der Hapag, auch die Linien von Petersburg nach Archangelsk, Petersburg-Odessa usw. aufzunehmen, sind bei den maßgebenden russischen Stellen auf starke Bedenken wegen Versorgung der Dampfer mit Heizmaterial gestoßen.

Die Verwaltung des Berliner Esplanade-Hotels wird für die Übernahme des Astoria-Hotels in Petersburg in Frage kommen, doch hat sich auch eine Gruppe von Schweizer Hotel-Unternehmen interessiert gezeigt. Für Häuser, Reparaturen und Ausbau der Wohnungen hofft man die Firma Becker & Heinicke gewinnen zu können. — Die Verhandlungen dürften in Petersburg fortgesetzt werden, weil die deutschen Interessenten sich von der Lage der Dinge an Ort und Stelle überzeugen möchten.

Brockdorff-Rantzau nicht Botschafter in Moskau.

Berlin, 27. Juli. (Telunion.) Die Meldung von der bevorstehenden Ernennung des Grafen Brockdorff-Rantzau zum Botschafter in Moskau beruht auf Kombination. Wie von zuständiger Stelle verlautet, ist entgegen anders lautenden Meldungen das Agrément für Graf Brockdorff-Rantzau weder nachgesucht noch erteilt worden.

Eisenbahnvertrag mit der Angora-Republik.

Stockholm, 27. Juli. (Telunion.) Am 9. Juli unterzeichnete nach einer Rostameldung die Sowjetregierung und die Kaukasus-Räterepublik einerseits und die Angora-Regierung andererseits einen Eisenbahnvertrag, worin eine unmittelbare Eisenbahnverbindung Moskau-Tiflis-Kars vorgesehen ist, ferner Konsulats- Post- und Telegraphenverträge. Die Unterzeichnung eines Handelsvertrages und eines Vertrages über die Warenbeschaffung in das Gebiet von Batum steht noch bevor.

Trotzki aus Rußland geflüchtet?

Warschau, 1. August. Der „Kurjer Warsz." gibt die Nachricht wieder, daß in Warschauer offiziellen Kreisen Gerüchte verbreitet sind, wonach Trocki Mitte voriger Woche Sowjetrußland auf dem Seewege über Riga verlassen haben soll. Jedoch weiß man nicht, ob Trocki nur eine Reise nach Berlin unternommen hat oder aus Rußland geflüchtet ist. Der „Kurjer Warsz." gibt das Gerücht mit ernstem Vorbehalt wieder.

Lenins Zustand schon wieder gebessert?

Moskau, 1. August. Der Gesundheitskommissar Siemiaszko soll über den Gesundheitszustand Lenins folgendes erklärt haben: Lenin kommt schnell wieder zu sich und fühlt sich augenblicklich ganz wohl. Er nimmt allmählich die Arbeit wieder auf und hat schon begonnen, Freunde zu empfangen, mit denen er über aktuelle Fragen konferiert. Die Gerüchte über Paralyse und andere Krankheiten sind erdacht. Lenin war niemals von einer Paralyse ergriffen.

Wertherabsetzung des Papierrubels im Verhältnis 10000 : 1?

Der „Chicago Tribune" wird aus Riga gemeldet, die Sowjetregierung solle beabsichtigen, die in den letzten Jahren ausgegebenen Milliarden von Papierrubeln zu annullieren. Als Datum für diese Annullierung wird der 1. Oktober genannt. Bis dahin können alle Inhaber von Noten diese auf Grund von 10000 Stück für einen Rubel der neuen Ausgabe eintauschen.

Der Prozeß der Sozialrevolutionäre.

Moskau, 29. Juli. In seinem Plädoyer im Moskauer Sozialistenprozeß führt der Vertreter der Staatsanklage, Lunatscharski, aus, die Sowjetregierung habe im Kampfe mit dem weißen Terror während des Bürgerkrieges zum direkten Terror gegriffen, heute dagegen beschränke sich der Terror auf den streng begrenzten Rahmen des proletarischen Gerichts. Die Beleuchtung aller einzelnen Phasen der Tätigkeit der Sozialrevolutionäre durch den Prozeß sei für die Sowjetregierung wegen der parteilosen Arbeiter und des internationalen Proletariats notwendig gewesen. Der Prozeß habe gezeigt, daß die Sozialrevolutionäre ihre sowjetfeindliche Stellung keineswegs geändert hätten. Sie würden nach wie vor jede Schwierigkeit in der internationalen Lage Sowjetrußlands in ihrem Interesse ausnutzen, da sie zu tief in der bürgerlichen Ideologie wurzelten. Daher habe die Partei nicht nur den Tod verdient, sie läge bereits auch im Sterben. Sache der Sowjetregierung sei es, diesen Tod zu beschleunigen. Das Moskauer Revolutionstribunal solle seine Pflicht vor dem Weltproletariat erfüllen.

In leitenden Sowjetkreisen bedauert man, daß der erwartete Effekt des Moskauer Sozialistenprozesses ausgeblieben sei: die Sowjetregierung rechnete damit, die angeklagten Sozialrevolutionäre in die Verteidigung zu drängen und die Sozialrevolutionäre, die in der Provinz ihr Haupt erhoben hätten, einzuschüchtern. In Anbetracht der unbeugsamen politischen Haltung der Angeklagten vor Gericht fordert nunmehr das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei die Todesstrafe. Das Gerichtsurteil wird zeigen, inwieweit die heutige Kremlregierung von den linken Parteiströmungen abhängig ist.

Politische Tagesneuigkeiten.

Erhöhung der Straßenbahn-Fahrpreise in Berlin. Der städtische Etatsausschuß und der Magistrat stimmten nach mehrstündiger Verhandlung der Erhöhung der Arbeitslöhne zu, wodurch für den Jahresrest eine Mehrausgabe von insgesamt 559 Millionen Mark erforderlich wird. Es wurde infolgedessen auch eine Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises auf 5 Mark, des Umsteigefahrpreises auf 8 Mark, des Kinderfahrpreises auf 3 Mark und der Erhöhung der Monatskarte zugestimmt. Die Erhöhungen sollen bereits am Freitag in Kraft treten. Der Preis des elektrischen Stromes mußte noch über die Vorlage des Magistrats hinaus erhöht werden, und zwar für Licht von 9 auf 13 Mark und für Kraft von 5 auf 9 Mark.

Deutschland baut einen Zeppelin für Amerika. Nachdem der Botschafterrat auf Grund des Ersuchens der Regierung der Vereinigten Staaten den Bau eines für letztere bestimmten Zeppelin-Luftschiffes genehmigt hat, wurde gestern eine entsprechende Verordnung im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.

Die Königsberger Eisenbahnkonferenz. Danziger Blätter berichten aus Kowno, daß die litauische Regierung von der deutschen Regierung eine Einladung erhalten hat, an der Eisenbahnkonferenz teilzunehmen, die in Königsberg über den direkten Personen- und Güterverkehr aus Deutschland durch Litauen und Lettland nach Rußland stattfinden soll.

Hejas wieder freigelassen. Aus Ofen-Pest wird gemeldet, die Staatsanwaltschaft hat gestern den Bandenführer Hejas, der in deutsch-österreichisches Gebiet eingefallen war, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Estland, Lettland und Litauen von Amerika de facto anerkannt. Die Vereinigten Staaten haben Estland, Lettland und Litauen de facto und nicht de jure anerkannt, wie irrtümlicherweise von der polnischen Presse verbreitet wurde. Die de facto-Anerkennung entscheidet nicht über die Frage der Staatsgrenzen.

Appell der Mazedonier an den Völkerbund. Die mazedonischen Flüchtlinge, die in Wien weilen, sandten an den Präsidenten des Völkerbundes einen Appell, in dem sie die Autonomie für Mazedonien unter dem Schutz der Großmächte und die Durchführung einer Abstimmung im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker fordern.

Eisenbahnerstreik in Amerika. Die Lage Europas wird in der amerikanischen Presse nicht diskutiert. Der Eisenbahnerstreik beherrscht alles. Die gestrige Maßnahme Hardings, wonach der Präsident selbst die Vermittlung zwischen den Streikenden und den Eisenbahngesellschaften in die Hand nimmt, wird als unzureichend angesehen. Infolge Kohlenmangels schließen besonders Betriebe der Schwerindustrie.

105 irische Gefangene entflohen. 105 irische Gefangene sind aus dem Gefängnis in Dundalk entflohen, nachdem sie vorher die Gefängnismauern durch eine Mine gesprengt hatten. Der Polizei ist es gelungen, 50 Flüchtlinge wieder zu fassen.

Internat. Kirchenkonferenz zur Prüfung der Lage des europäischen Protestantismus.

epd. Im Anschluß an die Tagung des Freundschaftsbundes der Kirchen in Kopenhagen beginnt am 10. August ebendort eine internationale kirchliche Konferenz, die sich mit einer Beratung über die Notlage des europäischen Protestantismus und die Grundsätze für die kommenden Hilfeleistungen befassen wird. Sie geht zurück auf eine Anregung der amerikanischen „Conference on responsibility towards European protestantism" vom November vorigen Jahres. Diese amerikanische Konferenz nahm eine Anzahl von grundlegenden Leitsätzen für das europäische Hilfswerk an und hielt es für wünschenswert, daß die europäische Lage von einem gesamtevangelischen Gesichtspunkt aus gemeinsam beraten werden sollte. Sie betraute den Schweizerischen evangelischen Kirchenbund mit der Einladung zu der internationalen Konferenz, die gleichzeitig einer besseren Zusammenfassung der Kräfte des europäischen Protestantismus dienen soll. Der Schweizerische Kirchenbund bildete ein Vorbereitungskomitee, bestehend aus offiziellen Vertretern der evangelischen Kirchen des neutralen Festlandes. Die meisten europäischen evangelischen Kirchen oder Kirchenbünde haben Berichte über ihre Lage oder ihre Hilfswerke eingesandt, die in einem Gesamtbericht zusammengefaßt und gedruckt werden. Sie werden ein höchst wertvolles Dokument der gegenwärtigen Lage des europäischen Protestantismus bilden.

Als allgemeines Ziel soll angestrebt werden eine bessere Fühlung und Zusammenordnung der verschiedenen Hilfswerke von einem gesamtevangelischen Standpunkt aus, wobei der Grundsatz gewahrt werden soll, daß jede Kirche ihre volle Verfügungsfreiheit in ihren Hilfsaktionen behält. Es ist bei der gegenwärtigen Weltkrisis und namentlich auch der finanziellen Lage mancher amerikanischen Kirche nicht vorauszusehen, daß der Konferenz nun sofort eine große, einheitliche, gesamtevangelische Hilfsaktion folgen werde. Aber auch schon die gemeinsame Beratung der Grundsätze und Ziele der notwendigen Hilfsaktionen, die bisher in zahllose, unzusammenhängende Hilfswerke auseinandergefallen sind, wird sehr wertvoll sein und den Weg zu einer besseren Zusammenfassung der protestantischen Kräfte und überhaupt einer Einigung der evangelischen Kirchen bahnen.

Republik Polen.

† **Der Redakteur der „Rzeczpospolita" angeklagt.** Der Redakteur der „Rzeczpospolita" soll für den Artikel „W matni" (Im Labyrinth) der in der Nummer 205 veröffentlicht worden ist, zur Verantwortung gezogen werden.

† **Eine Pressekonferenz.** Die Pressekonferenz der Vertreter der Staaten der Kleinen Entente und Polens hat einen Antrag über die Anknüpfung von vertrauteren Beziehungen angenommen. Außerdem wurde bestimmt, ein gemeinsames Propagandaorgan zu schaffen, dessen Aufgabe es sein soll, zu ermöglichen, sich näher kennen zu lernen. Ferner ist als notwendig angesehen worden, den radiotelegraphischen und telephonischen Pressedienst zu verbessern. In dieser Angelegenheit soll eine spezielle Konferenz unter Teilnahme der Vertreter von Postbehörden und Pressebureaus stattfinden. Außerdem hat die Konferenz die Mittel erwogen, die zur Verengung der Beziehungen zwischen den Presseagenturen dienen sollen, und den Wunsch geäußert, daß Pressevertreter an den Konferenzen, die jede zwei Jahre in jedem der vier Staaten nach der Reihe stattfinden sollen, teilnehmen sollen.

Verantwortlich: für Politik: J. V. Theodor Kania; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Am 27. Juli entschlief nach langem, schwerem Leiden, fern von der Heimat, mein hochverehrter Chef, der

Majoratsbesitzer

Herr Gustav v. Beyme

auf **Schloß Eichenhorst.**

Fast 2 Jahrzehnte ist der im rüstigsten Mannesalter nun Dahingegangene mir ein stets gütiger, immer wohlwollender Chef und treuer Berater gewesen. In dankbarer Treue werde ich seiner auch über sein frühes Grab hinaus gedenken.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Eichenhorst, den 31. Juli 1922. [8324

H. Fahlbusch.

Am 27. Juli entriß uns der unerbittliche Tod in Scharbow in Mecklenburg unseren langjährigen Chef, den

Majoratsbesitzer

Herrn Gustav v. Beyme

auf **Schloß Eichenhorst.**

Trauernd stehen wir am Grabe dieses vortrefflichen Mannes, dessen vornehme Gesinnung und gütiges Wesen uns allen in dankbarer Erinnerung bleiben wird.

Dem waidgerechten Jäger einen grünen Bruch auf sein allzu frühes Grab.

Eichenhorst, den 1. August 1922. [8325

Die Forstbeamten der Herrschaft Eichenhorst.

Nachruf.

Nach schwerem Leiden starb am 27. d. Mts. in Scharbow in Mecklenburg unser hochverehrter Chef:

Herr Majoratsbesitzer

Gustav v. Beyme

Ritter pp.,

auf **Schloß Eichenhorst.**

Trauernd stehen wir an der Bahre eines Mannes, der vorbildlich gelebt und gewirkt hat. Seine edle Gesinnung, sein vornehmes Wesen sowie seine große Herzensgüte haben ihm die Herzen aller seiner Untergebenen für immer gesichert. Ehre seinem Andenken! [8314

Die landwirtschaftlichen Beamten der Herrschaft Schloß Eichenhorst.

Am 19. Juli verstarb in Görlitz mein lieber Sohn, der

Rechtsanwalt und Notar in Hermsdorf

Friedrich Binder

Ritter des Eisernen Kreuzes I. Klasse.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Emilie Binder.

Zurzeit Hermsdorf, den 28. Juli 1922.

Die Beisetzung hat in Görlitz stattgefunden. [8326

Nach langem Leiden, das sie gottergeben trug, und doch unerwartet erlöste ein sanfter Tod heute früh 3/4 5 Uhr unsere herzensgute, sich für uns aufopfernde, heißgeliebte Mutter und Schwiegermutter

Frau Wanda Weißkopf

geb. **Nehring**

im 58. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Frieda Weißkopf.
Arthur Weißkopf.
Anna Weißkopf geb. Guhr.

Morasko, den 31. Juli 1922.

Beerdigung am 2. August, um 6 Uhr nachm. auf dem hiesigen Friedhof.

Mittwoch, 2. August 1922.

Posener Tageblatt.

Beilage zu Nr. 171

Aus Oberschlesien.

Konferenz des Städteverbandes in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 28. Juli. Gestern fand eine Konferenz des Verbandes der Städte und Gemeinden Ostoberschlesiens unter dem Vorsitz des Ersten Bürgermeisters Dr. Gornik statt, die sich mit einer Reihe für die Finanzgebarung der Städte und Gemeinden äußerst wichtiger Fragen beschäftigte. Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden der Wojewodschaft wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der augenblicklichen finanziellen Krise soll dadurch abgeholfen werden, daß den oberschlesischen Städten der Wojewodschaft ein Darlehn von 100 Millionen Mark (deutsch) und ein Darlehn für die Gemeinden in gleicher Höhe von der Wojewodschaft garantiert wird. Dadurch sollen die Städte und Gemeinden in den Stand gesetzt werden, ihren augenblicklich schwebenden Verpflichtungen nachzukommen. Die Auszahlung soll in der nächsten Zeit, und zwar durch die Polnische Staatsdarlehnskasse erfolgen. Die Kommunaldelegierten begrüßten es freudig, daß die Wojewodschaft den Gesetzentwurf angenommen hat, der die sofortige Veranlagung und Einziehung der Steuern ermöglicht. Es soll sofort eingezogen werden die Reichseinkommensteuer auf der Grundlage der Veranlagung von 1919 zuzüglich 500 Prozent Zuschlag als Gemeindesteuer. Die Zahlungen, die die Steuerpflichtigen leisten müssen, werden im Laufe des Steuerjahres 1922 auf die endgültig veranlagte neue Einkommensteuer angerechnet werden.

Sitzung des vorläufigen Wojewodschaftsrates.

Kattowitz, 28. Juli. Wojewode Rymer eröffnete die Sitzung um 10¾ Uhr vormittags und verlas die Tagesordnung.

Bevor man zur Tagesordnung überging, erstattete Vizewojewode Zurawski Bericht über seine Reise nach Warschau, wohin er in der Frage der vom derzeitigen Wojewodschaftsrat beschlossenen Wahlordnung zum schlesischen Sejm berufen wurde. In dieser Wahlordnung hat die Zentralregierung gewisse formelle und einige materielle Änderungen vorgenommen, um sie mit der polnischen Verfassung in Einklang zu bringen. Alle diese Änderungen müssen als notwendige Verbesserungen angesehen werden. Sie wurden deshalb zur Kenntnis genommen.

Im Verlauf der Beratungen wurde die durch die Übergangsschwierigkeiten verursachte wirtschaftliche Lage berührt. Es wurde beschlossen, zur Durchführung einer Diskussion über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und über die Mittel, die angewendet werden müssen, um unserer Industrie die Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit zu sichern, folgende Vertreter zu berufen: 1. der Zentralbehörden, 2. der Wojewodschaft und des derzeitigen Wojewodschaftsrates, 3. der Großindustrie Oberschlesiens und Teschenschlesiens, 4. der Arbeiter und 5. des Handels.

Oberfinanzrat Pawlita begründete den Antrag um vorübergehende Aufhebung des Gesetzes über das Spiritusmonopol, da alle Einrichtungen dieses Monopols (Spiritusraffinerie u. a.) in Deutsch-Oberschlesien zurückgeblieben sind; die Schaffung eines neuen Apparates für die Wojewodschaft Schlesien aber längere Zeit und bedeutende Kosten erfordern würde. Ein Spiritusmonopol gibt es in Polen nicht.

Die Aufhebung des Gesetzes wurde im Sinne des Referenten beschlossen, desgleichen eine Verordnung über die Branntweinversteuerung.

Finanzrat Dr. Bielak sprach sodann über den Verordnungsentwurf betreffend die Rückzahlungsgarantien der kurzfristigen Anleihen oberschlesischer Städte und Gemeinden in der polnischen Darlehnskasse in Warschau. Diese Gemeinden befinden sich augenblicklich in großen Geldschwierigkeiten infolge der seit längerer Zeit anhaltenden Steuerrückstände, und sie erfordern dringend Anleihen bis zum regelmäßigen Steuerzustrom.

Hierauf referierte Oberfinanzrat Pawlita kurz über drei Verordnungsentwürfe betreffend die Aufhebung einiger Steuern, und zwar der Mineralwassersteuer und der Steuer der künstlich erzeugten Getränke, da die Einnahme aus dieser Steuer so gering ist, daß es sich nicht lohnt, sie einzuziehen, weiter die Aufhebung der Besteuerung der Beleuchtungskörper und der Zigarettenpapiersteuer, da diese beiden Steuern in Polen nicht bestehen. Alle drei Projekte wurden ohne Diskussion angenommen.

Hierauf referierte Dr. Zagora vom Administrationsausschuß über den Verordnungsentwurf betreffend die Erhöhung der Mieten in Teschen-Schlesien. Diese Verordnung soll nur vorübergehend bis zur endgültigen Regelung dieser Frage in Kraft bleiben. Sie wurde nach kurzer Diskussion angenommen.

Dr. Szafran vom Präsidialausschuß referierte sodann über die Notwendigkeit der Bewilligung von 30 000 M. für Mieten von Wohnungen, die für Lehrer reserviert werden mußten. Die Summe wurde nach kurzer Diskussion bewilligt.

In der freien Aussprache brachte Biniszkiewicz (Soz.) eine Interpellation ein wegen der Überfälle, die am letzten Sonntag in Kattowitz und anderen Orten auf die von der P. P. S. veranstalteten Umzüge ausgeführt wurden, und Herr Machej einen Antrag betreffend den Überfall der Flüchtlinge in Gotschalkowitz auf den Eisenbahnzug, der die aus Teschen-Schlesien eingeladenen Gäste zur Manifestationsversammlung zurückbeförderte. Die Interpellation betrifft die Entwaffnung der Bojowkas und den Erlaß von diesbezüglichen Maßnahmen betreffend die Flüchtlingslager.

Wojewode Rymer erklärte, daß entsprechende Maßnahmen nach Durchführung der Untersuchung angeordnet werden.

Am Schluß legte Vizewojewode Zurawski einen Dringlichkeitsantrag betreffend Zuschüsse zur Lebensmittelversorgung zur Beschlußfassung vor. Das Deutsche Reich steuert zur Mehlversorgung hohe Summen aus der Regierungskasse bei, damit diese Artikel verbilligt würden. Auch in der Wojewodschaft Schlesien müßte das Schatzamt der Wojewodschaft zu diesen Artikeln gewisse Summen beisteuern, damit diese nicht schnell in die Höhe gehen. Die geforderten Summen wurden nach kurzer Diskussion bewilligt.

Die Sitzung wurde vom Wojewoden Rymer um 6½ Uhr abends geschlossen.

Protest gegen die Tätigkeit Korfantys und der „Bojowkas."

Über die Interpellation Biniszkiewiczs meldet die Kattowitzer sozialistische „Gazeta Robotnicza":

„Diese Sitzung ist infolge der Interpellation über die Vorgänge am vergangenen Sonntag zum ersten Male sehr stürmisch verlaufen. Der Genosse Biniszkiewicz hat einen Antrag auf Einleitung des Untersuchungsverfahrens gegen die Offiziere der polnischen Armee gestellt, die in Oberschlesien Kampforganisationen der „Chadecja" organisieren.

Er forderte weiter die Entwaffnung des „Verbandes der ehemaligen Aufständischen", damit die Nationaldemokraten und die Anhänger der „Chadecja" diese Organisation nicht für politische Ziele mißbrauchen können. Biniszkiewicz forderte auch die Auflösung der Flüchtlingslager oder andere Unterbringung der dort vorhandenen jungen Flüchtlinge, die von den Nationaldemokraten und den Anhängern der „Chadecja" am vergangenen Sonntag zu Überfällen auf den Umzug der P. P. S. mißbraucht wurden.

Herr Kowalczyk hat gegen die Ausführungen des Genossen Biniszkiewicz energisch protestiert und ließ diesen Protest protokollieren. Genosse Biniszkiewicz antwortete, daß dieser Protest nichts bedeute, da die angegebenen Tatsachen niemand ableugnen könne und bat, den Protest gegen die Bildung und die Existenz von Kampforganisationen, mit denen Korfanty bereits so viel Unheil und Blutvergießen anrichtete, zu protokollieren. Der Redner bewies weiter, daß der „Goniec Śląski" und die „Grenzzeitung" dieses Verbrechen erstrebten und die Öffentlichkeit aufhetzten.

Genosse Biniszkiewicz wurde von den Genossen Machej und Borys unterstützt.

Der Wojewode erklärte, daß auch ihm zur Kenntnis gelangt sei, daß „Bojowkas" existierten, und er würde sich um deren Beseitigung bemühen.

Die Sitzung war ein Beweis dafür, daß die Zustände sich kristallisieren."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 1. August.

Stadtrat Kaźmierczak ermordet.

Das neue Stadthaus war gestern nachmittag in der zweiten Stunde der Schauplatz einer furchtbaren blutigen Tragödie. Dort erschien um die angegebene Zeit der bisherige Beamte des städtischen Statistischen Amtes Sylvester Strużykiewicz in dem im ersten Stock belegenen Amtszimmer des Stadtrats Andreas Kaźmierczak und schoß diesen nach kurzem Wortwechsel durch zwei Revolverschüsse nieder. Kaźmierczak starb gegen 4 Uhr im Stadtkrankenhause, nachdem eine an ihm vorgenommene Operation ihm keine Rettung mehr hatte bringen können. Über die furchtbare Tat erfahren wir folgende Einzelheiten:

Dem 48jährigen, aus Duschno, Kreis Mogilno, stammenden Beamten des Statistischen Amtes Strużykiewicz war zum gestrigen Tage vom Magistrat die Stellung gekündigt worden, weil er sich ihr nicht gewachsen gezeigt hatte und seinen Untergebenen, besonders den weiblichen gegenüber, niemals die richtige Stellung hatte finden können. Wegen seiner Kündigung erschien er nun um die angegebene Zeit beim Stadtrat Kaźmierczak, dem Dezernenten der städtischen Personalangelegenheiten, den er für den Urheber seiner Entlassung ansah, um ihn dafür zur Rede zu stellen. Beide Beamte trafen auf dem Korridor vor der verschlossenen Tür des Amtszimmers des Stadtrats zusammen; sie traten, nachdem der Stadtrat das Zimmer geöffnet hatte, in dieses ein. Es entwickelte sich ein kurzes Gespräch, in dem der Stadtrat, wie von draußen stehenden Personen gehört wurde, einen ruhigen, sachlichen Ton gegenüber Strużykiewicz beibehielt, der in heftiger Erregung auf den Stadtrat wegen der Kündigung einsprach, die er für unberechtigt hielt. Plötzlich hörte man vor der Amtszimmertür, daß im Amtszimmer zwei Schüsse fielen. Man drang sofort in das Zimmer ein und fand den Stadtrat auf der Erde liegend mit einer schweren Bauchverletzung und einer Schußverletzung am rechten Beine im Blute schwimmend, aber noch bei völliger Besinnung vor. Herbeigerufene Ärzte ordneten die sofortige Überführung des Schwerverletzten in das Stadtkrankenhaus an, wo er völlig besinnungslos eintraf. Die sofort vorgenommene Operation erwies sich, wie von vornherein anzunehmen war, als nutzlos. Denn etwa eine Stunde später starb Stadtrat Kaźmierczak, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Der Täter hatte die beim Eindringen der Beamten in das Amtszimmer entstandene allgemeine Kopflosigkeit benutzt, um zu flüchten, hatte auf dem Korridor ihm Entgegentretende mit dem Revolver bedroht, und es war ihm so gelungen, auf den Alten Markt zu gelangen. Die ihn Verfolgenden ließen Rufe laut werden: „Haltet den Verbrecher!" Dieser stimmte, um die Spur von sich abzulenken, in diesen Ruf mit ein. Er wurde aber schließlich doch ergriffen, und, nachdem an ihm noch Lynchjustiz verübt worden war, in das Polizeigefängnis übergeführt. Als er dort im Laufe des Nachmittags verhört werden sollte, bat er, zunächst davon abzusehen, da er zurzeit nicht in der Stimmung sei, irgendwelche Angaben zu machen. Er ist unverheiratet, wohnte in einem hiesigen Hotel und galt als etwas mürrischer, schwieriger Charakter.

Sein bedauernswertes Opfer, Stadtrat Kaźmierczak, ist am 22. November 1873 in Opalenitza geboren, mithin 48 Jahre alt und wollte in den nächsten Wochen seine Silberne Hochzeit begehen. Seine Ehe war kinderlos. Kaźmierczak hatte sich dank seines Fleißes und seiner Begabung vom ehemaligen Gemeindeschreiber des Vororts Jersitz zum besoldeten Stadtrat emporgearbeitet. Bei der Eingemeindung der Vororte (1900) wurde er mit in die städtische Verwaltung übernommen und bekleidete in deutscher Zeit zuletzt die Stellung eines Stadtsekretärs. Beim Umschwung der politischen Verhältnisse wurde er als einziger städtischer mittlerer Beamter zum besoldeten Stadtrat gewählt. Er hat sich dieser Stellung, wie allgemein verlautet, in jeder Beziehung gewachsen gezeigt und hatte sich für die Beamtenschaft, deren Angelegenheiten er im Magistrat vertrat, ein warmes Herz bewahrt. In den Stadtverordnetenversammlungen nahm er deren Interessen mit einer mit ruhiger Sachlichkeit gepaarten Wärme und anerkennenswertem Geschick wahr.

Um so tragischer wirkt sein jähes Ende durch Mörderhand. Die Sympathien für ihn und seine schwer betroffene Gattin sind allgemein. Ebenso ungeteilt sind aber auch die Empfindungen gegen seinen Mörder. Wohin sind wir gekommen, wenn ein pflichttreuer Beamter von einem als unfähig erkannten Untergebenen glatt niedergeknallt wird?

hb.

Die Butterpreise in Posen.

Seit Sonnabend kostet das Pfund Butter in Posen 1400 M. Da sie vor drei Wochen noch zu 750—800 M. zu haben war, so bedeutet das nahezu eine Verdoppelung des damaligen Preises. Die geehrten Hausfrauen werden demnach in Zukunft gut tun, sich einen nicht zu kleinen Handwagen zu beschaffen und darauf die Geldscheine zu verstauen, die zum Erwerb eines Pfundes Butter erforderlich sind oder noch weiter erforderlich werden. Die Butter können sie dann ganz bequem im Handtäschchen nach Hause tragen . . . die Glücklichen, die sich unter solchen Verhältnissen überhaupt noch den Genuß von Butter leisten können. Und deren Zahl dürfte mit der Zeit immer geringer werden. Der Preis von 1400 M., d. h. der bisher gezahlte Butterrekordpreis, muß als ein Skandal sondergleichen bezeichnet werden. Obendrein ist aber zu befürchten, daß der Butterpreis bei 1400 M. noch nicht Halt machen wird. Verlautet doch bereits mit Bestimmtheit, daß man in dem benachbarten Städtchen Schwersenz bereits 1800 M. für das Pfund Butter fordert. Wo sitzen die gewissenlosen Leute, die solche Preise für berechtigt halten, noch obendrein in einer Zeit, in der die polnische Mark eine stark steigende Tendenz zeigt? Erfahrungsmäßig wird die Butter zum Beginn der Ernte immer knapp, weil die Landwirte die Butter für die Erntearbeiter brauchen, und deshalb fing dann mit der Ernte auch der Butterpreis in normalen Zeiten zu steigen an. Aber eine derartige Preistreiberei, wie die jetzt beliebte, ist denn doch geradezu unerhört. Da werden fortgesetzt bewegliche Klagen von solchen Leuten laut, die die Gelder für die täglichen Lebensmittelbedürfnisse nicht mehr erschwingen können; sie wenden sich mit ihren ernsten Klagen an die maßgeblichen amtlichen Stellen — aber der Erfolg ihrer mündlichen und schriftlichen Vorstellungen bleibt aus. Soll das nun mit Grazie immer so weiter gehen? Man sollte nur einmal auf den Wochenmärkten ein offenes Ohr haben für die herzbeweglichen Klagen von Frauen und Männern, die resigniert erklären, daß sie derartige Preise nicht mehr erschwingen können. Hinzu kommt dann noch der Ärger darüber, daß der Speck in den Fleischerläden infolge der Phantasiepreise für Schweine bereits 800 M. das Pfund kostet, und selbst dafür seit einigen Tagen nicht mehr zu haben ist.

Über die Ursache der hohen Butterpreise werden verschiedene Ansichten aus Molkereikreisen laut. Man behauptet, und das ist uns auch wahrscheinlich, daß zahlreiche Butteraufkäufer aus Kongreßpolen unseren Landesteil durchstreifen und den Landwirten 100 und 200 M. für die Butter mehr auf den Tisch legen, als diese dafür fordern. Kein Wunder, daß diese dann die Butter lieber losschlagen, als zu dem „billigeren" Preise. Sollte es aber gegen diese gewissenlosen kongreßpolnischen Preistreiber gar keinen Schutz mehr geben, die die uns entzogene Butter nach unserer Überzeugung auf dunklen Wegen nach . . . Rußland verschleißen? Sollte die unglückliche Lage unserer wahrlich nicht auf Rosen gebetteten Hausfrauen nicht doch einmal, und zwar schleunigst, zu Abwehrmaßnahmen Anlaß geben? Grund genug ist unseres Erachtens vorhanden, aber auch die Möglichkeit, sich gegen diese Aussauger unserer Lebenskraft, als die sich diese Herrschaften aus Kongreßpolen immer mehr entpuppen, mit recht energischen Mitteln zu wehren.

hb.

Der drohende Landarbeiterausstand.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Bauernvereine bittet uns, folgendes mitzuteilen:

Bei den am 31. Juli unter Teilnahme des Herrn Arbeitsministers Darowski geführten Verhandlungen haben sich die ländlichen Arbeitgeber unter dem Eindruck der Ausführungen des Herrn Ministers, daß der bevorstehende Streik eine außerordentliche Schädigung des Volkswohles im Gefolge haben werde, entschlossen, im Interesse des Landes Entgegenkommen zu zeigen. Sie haben den Schiedsspruch der Schlichtungskommission (das heißt 50 v. H. Zulage zu den bis 1. Juli gezahlten Löhnen) angenommen unter der Bedingung, daß auch die ländlichen Arbeitnehmer sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Eine derartige Erklärung des Zjedn. Zaw. Polskie ist bisher nicht erfolgt.

Es sind daher bis auf weiteres die bisherigen Löhne, das heißt Junilöhne und 25 v. H. Zuschlag zu zahlen, wie in der Beilage der Nr. 167 des „Pos. Tagebl." bekannt gegeben wurde.

Mit dem Ausbruch des Landarbeiterstreiks ist aller Voraussicht nach zu rechnen.

In diesem Falle ist angesichts der unversöhnlichen Haltung des Z. Z. P., dessen letzte Forderungen sich auf 400 bis 600 v. H. Lohnzulage belaufen, der Lohnkampf solidarisch mit größter Energie aufzunehmen und durchzuführen.

Hauptverein der deutschen Bauernvereine.
Sonderausschuß Arbeitgeberverband.
(gez.) v. Saenger. (gez.) Dr. Sondermann.

Das Bahnprojekt Kempen—Czenstochau.

In der polnischen Presse wird Stimmung gemacht für eine neue Bahn Kempen—Czenstochau, die nach der Meinung des „Kurjer Poznański" in kürzester Zeit verwirklicht werden müßte. Eine solche Bahn würde zwei Hauptlinien, die Kreuzburger Bahn und die frühere Bahn Warschau—Wien verbinden, die als alte gutgebaute Bahnen für den Schnellzugverkehr und einen großen Warenverkehr vortrefflich geeignet sind. Beide Linien hatten bisher eine große Bedeutung für Oberschlesien. Die Abtrennung Großpolens von den oberschlesischen Gruben durch die Übergabe von Kreuzburg an Deutschland machte sich in unserm Teilgebiet empfindlich bemerkbar. Für den Personenverkehr sind jetzt Eilzüge von Posen über Kattowitz und Krakau nach Lemberg eingerichtet worden. Diese Eilzüge gehen durch das deutsche Gebiet, die Durchreisenden brauchen kein deutsches Visum, sondern nur Personalausweis. Im übrigen aber ist der Eisenbahnverkehr, besonders der Güterverkehr, durch das deutsche Gebiet sehr erschwert. Die Fahrt über Koluszki bedeutet einen großen Umweg. Die ungenügende Vorbereitung der Stationen Koluszki und Lodz für einen erweiterten Verkehr verursacht in der letzten Zeit eine so bedeutende Verspätung der Transporte, daß die Waren zwei- bis dreimal so lange unterwegs sind, als im vorigen Jahre. Dies verursacht auch größere Frachtkosten, denn ein Waggon aus dem Kohlengebiet über Lodz nach Posen hat ungefähr 150 Kilometer mehr zurückzulegen, als die Entfernung über Czenstochau oder Kreuzburg und Kempen beträgt.

Der Bau einer Linie von Kempen nach Czenstochau, die ganz auf polnischem Gebiete verlaufen würde, würde die Dauer der Transporte aus Oberschlesien und die Transportkosten in bedeutendem Maße vermindern, was dann auch nicht ohne Einfluß auf die Verkaufspreise der Kohle oder anderer Ware bleiben könnte. Die Entfernung von Kempen nach Czenstochau beträgt in der Luftlinie ungefähr 100 Kilometer. Natürlich müßte die neue Linie von vornherein dauerhaft gebaut werden, daß sie in ihrer Qualität jene alten Magistralen (Hauptlinien) erreicht und den ganzen Verkehr aushält, der von Oberschlesien nach Großpolen und zurück geht. Sie darf nicht ein solches Experiment werden wie die Bahn Kutno—Strałkowo, die während mehrerer Baujahre mit zahlreichen Versuchen sehr große Kosten verursacht hat, für den Verkehr, dem sie dienen soll, aber untauglich ist.

Von der Regierung, die eine Sparpolitik treiben muß und sich schwer zu neuen Investitionen ihrer Kapitalien entschließt, ist kaum zu erwarten, daß sie einen derartigen Plan finanziert. Deshalb wäre es angebracht, wenn dieser Bau von einem privaten Konsortium in die Hand genommen würde, dem dann auch die Ausbeutung der neuen Linie zufallen würde. Zu diesem Zwecke müßte eine Aktiengesellschaft gebildet werden. Die Notwendigkeit der neuen Bahnstrecke läßt den Gedanken an irgend ein Risiko nicht zu.

× **Personalnachricht.** Der frühere Posener Generallandschaftsrat Walther Schwalbe, Syndikus der ehemaligen Posener Landschaft, jetzt in Berlin, ist zum Oberregierungsrat im Bereich der preußischen Verwaltung ernannt worden. Dem Vernehmen nach ist er als Regierungspräsident einer preußischen Regierung in Aussicht genommen.

× **Die Kaulfuß-Dumsch'sche Pfarrkinderstiftung** gewährt in erster Linie evangelischen Pfarrkindern Unterstützungen zur Ernährung, Verpflegung, Erziehung und Ausbildung oder zu einer Brautausstattung und hat im letzten Rechnungsjahre für diese Zwecke 1 201 000 M. verwendet. Gesuche für das neue Rechnungsjahr sind an den Vorsitzenden des Kuratoriums, Pfarrer Pätschke in Sandberg (Piaski), spätestens bis zum 1. Oktober d. Js. zu richten.

× **Aufhebung von evangelischen Pfarrstellen.** Die zweiten evangelischen Pfarrstellen in Bartschin und Löbau, sowie die dritte in Graudenz sind aufgehoben worden.

Schmuggel an der deutsch-polnischen Grenze. Bei Beuthen und Tarnowitz ist der Schmuggel in vollem Gange. Im Kreise Tarnowitz macht sich ein fühlbarer Lebensmittelmangel bemerkbar, und so ersinnt die Bevölkerung des Kreises Tarnowitz allerlei Schliche, um Lebensmittel aus Beuthen nach dem Kreise Tarnowitz zu schmuggeln. Kürzlich fuhr an einem regnerischen Tage eine Frau mit mehreren Körben Kirschen. Ein deutscher Zollbeamter begegnete ihr und fragte, ob sie auch wirklich nur Kirschen ausführe. Die Frau bejahte dies mehrmals lebhaft.

Als nun der Zollbeamte ein wenig in den Korb Kirschen hineingriff, brachte er einen großen Posten Margarine usw. zum Vorschein. Die Ware wurde beschlagnahmt. Bei der Rudolfgrube wurde ein Fuhrwerk angehalten, das angeblich Kohle, für Radzionkau, bestimmt, geladen hatte. Ein deutscher Zollbeamter untersuchte den Wagen und konnte zur Beschlagnahme von neun Zentnern Schokolade schreiten, die auf dem Boden des Wagens lagerte. Vielfach wurden von polnischen Zollbeamten Spirituosen beschlagnahmt. Der Zoll, der von polnischer Seite erhoben wird, erscheint auch zu hoch. So lagerte auf dem Bahnhof Beuthen-Stadtwald ein Waggon mit Schrauben, von Roßberg nach der Radzionkaugrube bestimmt. Die polnische Zollbehörde verlangte für die Schrauben 70 000 Mark Zoll, wodurch der Schraubenpreis ums Dreifache verteuert wäre. Die Radzionkaugrube verweigerte der Bezahlung des hohen Zolles, und die Schrauben gingen an den Absender zurück.

X **Ein empfehlenswerter Kutscher.** Am Sonnabend trat ein Kutscher bei einer Firma in der ul. Ratajczaka 11 (fr. Ritterstr.) in den Dienst, ohne irgendwelche Papiere vorzulegen. Montag früh war er verschwunden; er hatte aber nicht vergessen, folgende Sachen seines Dienstherrn mitgehen zu lassen: zwei neue schwarze Kandaren mit Nickelbeschlag, zwei Paar schwarze Kreuzleinen mit Nickelbeschlag, zwei graue Pferdedecken, 8 neue Trensen aus Nickel. Der Gesamtwert der Diebesbeute beträgt 150 000 Mk.

X **Wem gehören die Sachen?** Bei dem Polizeikommando in Warschau befinden sich folgende aus Raubanfällen und Diebstählen herrührende Gegenstände, deren Eigentümer gesucht werden: 1 goldene Herrenuhr der Firma Moser mit den Nummern 18 687/20 915, 1 goldene Herrenuhr der Firma Badtleic mit der Nr. 818, 1 goldene Damenuhr der Firma Tizota mit der Nr. 164 480, 1 goldene Damenuhr der Firma Boethe mit der Nr. 91, 2 goldene Anhänger, 2 goldene Armbänder, 2 goldene Ringe, 2 goldene Ketten, 4 goldene Kreuze, 1 goldener Ring mit 3 Brillanten, 1 silberner Becher, innen vergoldet, 1 silbernes Zigarettenetui, 3 silberne Damentaschen, 1 Dutzend silberne Teelöffel, 6 vergoldete Teelöffel. Ferner lagern im Leihhause zu Warschau folgende aus Diebstählen herrührende Sachen: 1 goldene Herrenuhr, 1 goldener Ring, B. A. gezeichnet, 4 Brillantringe, 1 goldene Halskette. Auskunft erteilt das Polizeikommando in Warschau.

Besitzwechsel.

* **Culm,** 24. Juli. Wie man hört, ist das Rittergut Raczyniewo in anderen Besitz übergegangen. Die große Besitzung, zu der auch großer Waldbestand gehört, war lange Jahre im Besitz der Familie Sieg. Später ging sie in andere Hände über, wurde aber dann von dem bisherigen Besitzer, der bis dahin Kaufmann gewesen war, zurückerworben und bewirtschaftet. Herr Sieg war lange Jahre Reichstagsmitglied und gehörte der nationalliberalen Partei an. Raczyniewo sollte auf Grund der Agrarreform enteignet werden. Der bisherige Besitzer hat keine männlichen Erben. Zwei Töchter sind an höhere preußische Offiziere und eine an einen Philologen verheiratet.

* **Rawitsch,** 31. Juli. Am nächsten Sonntag, 6. August d. Js., finden bekanntlich hier die Neuwahlen zum Stadtparlament statt. Nach reiflicher Überlegung ist der deutsche Wählerausschuß zu dem Entschluß gekommen, sich diesmal an der Wahl nicht zu beteiligen. Es gilt somit die Parole: Keine Beteiligung an der Wahl — keine Stimmabgabe für andere Listen!

* **Konitz,** 24. Juli. Bei dem vor einiger Zeit verübten Millionendiebstahl im hiesigen Warenhause Jaczyński waren mehrere Einbrecher beteiligt. Führer der Bande war ein gewisser Gsicki, der bereits Anfang Juni in Włocławek gefaßt wurde und in das hiesige Gefängnis eingeliefert wurde. Neuerdings verhaftete die Landespolizei in Lodz einen zweiten Einbrecher, Stanisław Wisniewski mit Namen, der ebenfalls nach Konitz übergeführt wurde. Der Verhaftete leugnete anfangs; erst als er mit Gsicki konfrontiert wurde, gab er zu, am Diebstahl teilgenommen zu haben.

* **Culm,** 25. Juli. Der große Ablaß bringt alljährlich einen starken Zustrom von Fremden zur Stadt. Früher kamen von weither ganze Trupps gewandert. Während der Wanderung wurden polnische Lieder gesungen. Die hiesigen großen katholischen Kirchen sind dann mit Andächtigen überfüllt. Später wurden die Pilger mit der Bahn befördert. Einen Hauptanziehungspunkt für die vielen Fremden bildete die Kapelle vor dem Graudenzer Tor. Dort in der Schlucht sickerte ein Brünnlein aus der Erde, über welchem eine Kapelle errichtet ist. Diese ist eingehegt. Das Wasser wird bei Gelegenheit geschöpft und an die Gläubigen abgegeben. Ihm wird wundertätige Wirkung zugeschrieben. Besonders soll es Augen- und andere Krankheiten zu heilen vermögen. Es wird daher von den Pilgern in die Heimat mitgenommen. An die Quelle knüpfen sich verschiedene Sagen. Der Ablaß findet immer im Juli statt und dauert mehrere Tage. Für die Geschäftsleute bildet der Fremdenzustrom eine sehr erwünschte Einnahmequelle.

Aus dem Gerichtssaal.

* Lodz, 30. Juli. **Eine Operation und ihre Folgen.** Vor dem Bezirks-Appellationsgericht wurde ein Prozeß gegen einen gewissen Moschek Wielgowski verhandelt, der mit dem Urteil des Friedensgerichts unzufrieden war. Wielgowski wollte sich auf dem Lodzer Fabriksbahnhofe ein Billett lösen und mußte deshalb lange Zeit in der Reihe stehen. Hierbei schnitt er, wahrscheinlich um sich die Zeit zu vertreiben, einem vor ihm stehenden Passagier mit einem Rasiermesser eine Westentasche aus, und zwar gerade die, in der der Passagier das Geld hatte. Der Operierte, der in den Angelegenheiten des Reihestehens gewisse Erfahrungen besaß, faßte W. an die Hand und übergab ihn der Polizei. Das Friedensgericht hatte den gewandten Operateur zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verteidiger des Angeklagten bewies klipp und klar, daß eine derartige Operation im Gedränge unausführbar ist. Das Appellationsgericht schätzte jedoch die Fähigkeiten des W. höher ein und bestätigte das Urteil des Gerichts der ersten Instanz.

Sport und Jagd.

Der Sportklub „Zbyszko" veranstaltet am Mittwoch, Donnerstag und Freitag im Restaurant „Boulevard" (auf der Nordseite des Plac Wolności) Wettkämpfe im Ringen und Boxen. Die Wettkämpfe beginnen um 8 Uhr.

Radfernfahrt München—Berlin. Die Radrennbahn Treptow bildete am Sonntag das Endziel der vom Bund deutscher Radfahrer veranstalteten Fernfahrt München—Berlin. Als erster der aus 6 Teilnehmern bestehenden Spitzengruppe der Herrenfahrer ging Pfister-Schweinfurt nach scharfem Endkampf durchs Ziel. Für die 343,9 Kilometer der Etappe Saalfeld—Berlin wurden von dem Sieger 12 Stunden, 45 Minuten und 18 Sekunden gebraucht. Von den Berufsfahrern siegte im Endspurt Adolf Huschke nach 12 Stunden 48 Minuten und 47 Sekunden.

Neue Versuche der Kanalbezwingung. Wenn das Wetter den Voraussagungen der Sachverständigen entspricht, wird diese Woche eine Reihe interessanter Versuche bringen, den Preis von 1000 Guineen zur Überschwimmung des Kanals zu erringen. Die Londoner Schwimmerin Mercedes Glekce wird als erste in Dover starten. Der Amerikaner Charles Toth beabsichtigt am Montag nachmittag zu schwimmen. Omer Peresult (Kanadier) beabsichtigt ebenfalls Montag nachmittag vom Kap Gres Nez aus den Versuch zu unternehmen, ebenso Ponilly, der im Laufe des Montags oder Dienstags den Versuch machen wird.

Neues vom Tage.

§ **Ludendorffs Asyl in Bayern.** Wie der „Tag" aus München erfährt, hat die bayerische Regierung dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Aenderl, der Ludendorffs Ausweisung aus Bayern verlangt hatte, weil dieser den Rathenaumord auf bolschewistische Initiative zurückführt und sich als „Söldnerführer" bei einer gemeinsamen Expedition gegen Sowjetrußland angeboten hatte, erklärt, daß alle diese Behauptungen falsch und ungerechtfertigt seien. Von einem Asylrecht des Generals in Bayern könne keine Rede sein. General Ludendorff sei Deutscher und habe wie jeder Staatsbürger im ganzen Reiche verfassungsmäßig Freizügigkeit und könne seinen Wohnort wählen, wo er wolle.

§ **Drahtloser Gottesdienst.** Ein Neuyorker Prediger namens Dr. Richard Way Waerd, der die „Radio-Kirche von Amerika" gegründet hat, veranstaltete kürzlich Sonntags einen Gottesdienst in einem kleinen Zimmer seiner Wohnung, bei dem nur ein anderer Geistlicher und einige Chorsänger zugegen waren. Dieser Gottesdienst wurde mit Hilfe der drahtlosen Telegraphie einer großen Anzahl andächtig versammelter Gemeinden in verschiedenen Krankenhäusern, öffentlichen Gebäuden, auf Schiffen und in Privatwohnungen übermittelt. Im ganzen sollen etwa 100 000 Personen an diesem drahtlosen Gottesdienst „teilgenommen" haben. Die Predigt sowohl wie die Chorgesänge waren überall deutlich verständlich. Diese eigenartigen Andachten sollen von jetzt ab an jedem Sonntag abgehalten werden, und man behauptet in den Vereinigten Staaten, daß damit eine ganz neue Ära in den Formen der Andacht angebrochen sei.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

F. O. in L. Uns ist diese Gesellschaft nicht bekannt, wir sind daher auch nicht in der Lage, Ihnen darüber irgend welche Auskunft zu geben.

P. S. 1. Sie müssen einen Antrag an das Starostwo Grodzkie in Posen stellen. Ob er Aussicht auf Erfolg hat, können wir Ihnen nicht sagen. 2. Wegen der zweiten Frage wenden Sie sich am besten an Herrn Rektor Gutsche in Posen, ul. Głogowska 70 II (fr. Glogauer Str.).

W. K. Huta. Der Pachtvertrag kann, falls er nicht selbst eine andere Bestimmung enthält, nicht ohne weiteres auf eine dritte Person übertragen werden.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung)

Warnung vor einem Reinfall!

In einer Sommerfrische im Dorfe Kakulin bei Schokken erlebten wir folgendes:

Nach mündlicher Verabredung mit unseren Gastgebern sollten wir auf den Kopf 2000 Mark täglich zahlen, und zwar bei voller guter Verpflegung, Wäsche, Bedienung und Hin- und Rückfahrt zur Bahn. Nach einigen Tagen bemerkten wir, daß diese Verpflegung nicht im geringsten besser, sondern schlechter war als in der Stadt; zum Mittag gab es zum Beispiel einen Teller Brühe und Nudeln, eine Henne für sechs Personen und etwas Gurkensalat. Ein Freitagsmittagessen bestand aus zwei Eiern mit Brot ohne Vor- und Nachkost. Einfache Unterkost. Nun verlangten wir in den letzten acht Tagen ein Täßchen Sahne täglich, die wir mit 1000 M. besonders bezahlen sollten. Zum Auskleiden am Abend mußten wir uns das Licht kaufen. Zweites Frühstück gab es nur einmal auf besonderen Wunsch unserer Damen, natürlich auch gegen besondere Bezahlung. Nach vierzehntägigem Aufenthalt legte der Wirt einem jungen Ehepaar eine Rechnung von weit über 100 000 Mark vor. Erst nach energischem Einspruch änderten die guten Landleutchen unter Weinen der Frau die Rechnung auf genau 96 000 Mark. Wie sich die Leute diese Rechnung zusammenstellen, kann man sich gar nicht denken; denn wenn man eine Tasse Sahne 1000 Mk., ein Pfund Butter 1450 Mk., eine Mandel Eier 1000 Mk. gerechnet hätte, würde bei vielem Abrunden nach oben erst eine Rechnung von höchstens 60 000 Mk. zusammengekommen sein. Zu bemerken ist noch, daß dieser Gastwirt nur eine Schänke und 7 Morgen Land hat. Möge das eine Warnung für Sommerfrischler sei. Wir ziehen daraus jedenfalls die alte Lehre: Durch Schaden wird man klug.

Ein Leidtragender.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	29. Juli	31. Juli
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	160 + N	170 + N
Bank Centralny	250 + A	—,—
Bank Poznański	190 + A	190 + N
Bank Przemysłowców (exkl. Kup.)	200 + A	200—190 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań	320 + N	325 + N
Arcona	—,—	350 + N
N. Barcikowski	190 + A	185 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	215—275 + N	275-300-290 + A
C. Hartwig	190 +	—,—
Hurtownia Drogeryjna	150 + N	155—150 + A
Hurtownia Związkowa	125 + N	—,—
Herzfeld-Viktorius	390 + N	390 + N
Dr. Roman May	910 + N	940 + N
Pozn. Spółka Drzewna V. Em.	—,—	700—675 + A
Słoma	—,—	300 + N
Tri	180 + N	185 + N
Bentzki I. Em.	560—570 + N	575 + N
Waggon Ostrowo	—,—	190—195 +
Wisła, Bydgoszcz (exkl. Bezugsrecht)	1000 + A	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	170 + A	190 + N
Zjedn. Browary Grodziskie	220 +	—,—

Auszahlung Berlin 10—9.70. Umsatz: 6 925 000 dtsch. Mark.
A. — Angebot, N. — Nachfrage, + — Umsatz.

Berliner Börsenbericht

vom 31. Juli.

Diskonto-Komm.-Anleihe	390.—	Polnische Noten	10.—
Danziger Priv.-Aktienbank	—.—	Auszahlung Holland	25 850.—
Ostbank	224.50	„ London	2975.—
Hartmann Masch.-Aktien	790.—	„ Neuyork	670.—
Phönix	1475.—	„ Paris	5405.—
Schuckert	783.—	„ Schweiz	12 700.—
Hapag	470.—	Koehlmann-Stärke	1700.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente	925.—
Auszahlung Warschau	10.—		